

Diskussion über "Demokratie"

Michels, Robert; Oppenheimer, Franz; Koigen, David; Nelson, Leonard; Renner, Karl; Adler, Max; Jahn, Georg; Pribram, Karl; Salomon, Gottfried; Heyde, Ludwig; Tönnies, Ferdinand

Veröffentlichungsversion / Published Version
Diskussionsprotokoll / discussion protocol

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Michels, R., Oppenheimer, F., Koigen, D., Nelson, L., Renner, K., Adler, M., ... Tönnies, F. (1927). Diskussion über "Demokratie". In *Verhandlungen des 5. Deutschen Soziologentages vom 26. bis 29. September 1926 in Wien: Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen* (S. 69-118). Tübingen: Mohr Siebeck. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-405805>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

C.

Diskussion über „Demokratie“.

III. Robert Michels¹⁾ (Basel und Turin):

Die psychologischen Voraussetzungen unserer Tagung liegen in der Absicht streng soziologischer Erkenntniszwecke. Sie sind infolge-

¹⁾ Prof. Michels hatte folgende Leitsätze gegeben:

1. (historisch: Die Demokratie ist in der Geschichte ein Akzidens, nicht eine »Vollendung«. Die Geschichte ist keine gerade Linie, sie vollzieht sich, ganz besonders in den Staatsformen und Massengefühlen, in wahrnehmbarem Gewoge des Hin und Her.

2. (theoretisch): Demokratie beruht auf Wahl.

Wahl ist aber »innere, logische Unmöglichkeit«. Denn Wahl ist Willensübertragung. Der Wille ist jedoch nicht übertragbar ohne Willensentäußerung. (Celui qui délègue, abdique). Davon machen auch solche Wahlen, die ganz elementare und klarumrissene Einzelfragen, wie die nach der Nationalität stellen, an sich keine Ausnahme. Aber sie rechtfertigen sich, wenn auch nur mit vielen Reserven, in besonderen Fällen in der Form des Referendums, d. h. als einmalige, direkte Willensäußerung. Bei komplizierten, technischen und Kompetenzen voraussetzenden Fragen, wie bei langfristiger Vertretung, wird die Willensübertragung vollends sinnlos.

Die Wahl ist auch äußerlich vielfach nicht frei. Auch abgesehen von der weitverbreiteten, strafrechtlich nicht immer faßbaren Wahlkorruption (*le vin électoral*) und dem (sich auch auf die Gewählten dauernd erstreckenden) Einfluß hochmöglicher Individuen aus dem Wählerkreis (*the most skillfull electioneers*) wird in modernen Demokratien die Wahlfreiheit immer mehr in außerrechtlichen Wahlzwang, ja Wahlnötigung (das »Schleppen«) verwandelt.

3. Wahl führt also zur Herrschaft der Gewählten über die Wähler, welche oft einer Herrschaft von Führern über Geführte gleichkommt. Die von Kelsen in § 2 a f trefflich geltend gemachten Gedanken, die ich bereits seit 1910 in meiner Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie entwickelt habe, enthalten also mehr als bloße Abschwächungstendenzen für die Durchführbarkeit der indirekten (und zum Teil auch der direkten) Demokratie.

Wer in der Demokratie nur ein Vertragssystem durch Volkswahl erblickt, vermag sich zur Rechtfertigung dieses Systems auf die auch von Kelsen angeführten Gründe zu stützen, muß sich aber darüber klar sein, daß alle diese Gründe auch für jedes aristokratische System sprechen würden. Dabei ist der Volkswille nicht einmal ein Kriterium der Demokratie. Es gibt auch eine Volksherrschaft der Diktatur oder des Tribunats mit Genehmigung des Volkes (Konsensus statt

dessen jeder persönlichen Parteibetätigung oder gar jedem persönlichen Machtwillen entgegengesetzt. Dazu kommt noch eins: das gefährliche Thema, das uns auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt wurde, fordert in gewissem Sinne von seinen Behandlern Achtung. Es ist mit dem Glorienschein der großen französischen Revolution umgeben, und auch die Tatsache, daß noch im Weltkriege Millionen von tapferen Kriegern für das Ideal der Demokratie ihr Leben geopfert haben, kann uns menschlich nicht gleichgültig bleiben. Ferner muß zugegeben werden, daß sich die Demokratie in manchen Verhältnissen, wenn auch nicht restlos gut, so doch recht leidlich bewährt hat; so in der allerdings kleinen Schweiz, wo säkulare Traditionen bäuerlich-besitzerlicher Herkunft, ein notwendiger und heilsamer Verzicht auf auswärtige Politik und Expansion sowie eine eigentümliche Absorption der intellektuellen Schichten des Volkes durch das Erwerbsleben (und somit ihre fast gänzliche Fernhaltung aus der Politik) besondere, anderwärts nicht leicht nachzuahmende Verhältnisse geschaffen haben. Wenn wir trotzdem auch die Demokratie mit wissenschaftlicher Kritik nicht verschonen, so muß es klar sein, daß uns dazu nicht leichtfertige Freude an billigem Skeptizismus antreibt, sondern nur das Gewissen, welches selbst affektiven Werten gegenüber »abgerungene« Wahrheiten gelten lassen muß.

Vieles von dem, was ich zu sagen hätte, ist bereits heute ausgesprochen worden, zumal von Kelsen, manches andere wird von mir bei der Kürze der vorgeschriebenen Zeit nur angedeutet werden können, und muß ich die diesbezüglichen Interessenten auf die zweite Auflage meiner Soziologie des Parteilebens, zumal auf mein jetzt erscheinendes Werk *Corso di Sociologia Politica*, *Lezioni tenute nel maggio 1926 per incarico della Facoltà di Scienze Politiche della R. Università di Roma* verweisen. Heute kommt es mir nur darauf an, wenigstens auf einige Punkte, welche mir zum Verständnis der Demokratie unentbehrlich erscheinen, aufmerksam zu machen.

Zunächst eine Vorfrage, die aber in *media res* führt. Ist die Demokratie ein Ziel im entwicklungshistorischen Sinne? Man hat die Demokratie eine »Vollendung« nennen wollen. Das ist aber pure Ideologie. Ich für meinen Teil muß erklären, daß ich keine Vollendungstheorie anzuerkennen vermag. Die Entwicklung hat keine erkennbaren Ziele. Die Geschichte vollzieht sich nicht in einer geraden Linie. Sie stellt sich, ganz besonders in den Staatsformen und Massengefühlen, umgekehrt in wahrnehmbarem Gewoge des Hin und Her dar. Das

Parlament; nicht einmal schweigender, sondern oft sehr lauter, wenn auch statistisch nicht faßbarer Konsensus). Es gibt aber ferner auch monarchische Diktatur durch meßbare Volkswahl. Das Volk gibt sich auf plebisitärem Wege die absolute Regierung. So im Bonapartismus. In ihm erscheint der Cäsar als Inkarnation des Volkswillens (*la volonté populaire, faite homme*). Daß im reinen Vertretersystem die Demokratie als Führerauslese (allerdings nicht als spezifische) wirkt, ist richtig. Daß in der Demokratie die Führer aber aus der Masse kommen, tut dem Prinzip der Führermacht keinen Abbruch und stärkt den Machtwillen der Massen ebensowenig als der Typus Selbmademan etwa das Prinzip des kapitalistischen Wirtschaftssystems schwächt oder die Arbeiterklasse »erlöst«. — Die Demokratie als Führerauslese ist die notwendige Voraussetzung der *circulation des élites* im weiteren Sinne. Aber sie trägt zur Lösung der sozialen Frage keinen Deut bei (angenommen, daß diese überhaupt »lösbar« sei).

ist das Gesetz, welches Giambattista Vico als das der corsi e ricorsi beschrieben hat. Die Geschichte besteht aus in ewiger Aufeinanderfolge einander ablösenden demokratischen und aristokratischen, sozialen und nationalen Perioden. Wohin führt uns die Geschichte letztendlich? Zur Erkaltung der Erde? Zu Gottes ewigem Gericht? Wir wissen es nicht; aber das können wir schon sagen: genau wie die Aristokratie, so ist, historisch gesprochen, auch die Demokratie als Staatsform wie als Massengesinnung nicht eine Vollendung, sondern bloß ein Akzidens.

Auch rein theoretisch ist ein Vorbehalt am Platz. Demokratie beruht auf Wahl. Wahl ist aber »innere, logische Unmöglichkeit«. Denn Wahl ist Willensübertragung. Der Wille ist jedoch nicht übertragbar ohne Willensentäußerung. *Celui qui délègue, abdique.* Dieser Satz bedeutet nicht anarchistischen Atomismus, sondern Denkgesetz und Erfahrungserkenntnis zugleich. Immerhin ist hier ein Unterschied zu machen: beim charismatischen Führertum überträgt die Masse ihren Willen auf den Führer in bewußter Bewunderung und Verehrung und fast in Form eines selbstverständlichen, freiwilligen Opfers; während in der Demokratie bei dem Akte der Willensübertragung der Anschein aufrecht erhalten bleibt, der Wille verharre potentiell in den Händen der ihn Abgebenden. Von der Tatsache der Willensübertragung machen auch solche Abstimmungen, die sich auf elementare und klarumrissene Einzelfragen konzentrieren, an sich keine Ausnahme. Aber sie rechtfertigen sich doch in besonderen Fällen in der Form des Referendums, d. h. bei Gelegenheit einmaliger direkter Willensäußerung. So rechtfertigen sie sich, wenn auch freilich nur unter ganz besonderen, hier nicht näher auszuführenden Umständen, bei der Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Nation, welche ohnehin einen reinen Willensakt bedeutet. Bei komplizierten, technische und sachliche Kompetenzen voraussetzenden Fragen sowie bei langfristiger Vertretung wird die Willensübertragung hingegen vollends sinnlos. Wie Giovanoli berichtet, hat der Sozialistenführer Robert Grimm, der als Direktor der industriellen Betriebe der Stadt Bern einen tiefen Einblick in das Verhältnis von Demokratie und Technik besitzt, in seiner kürzlich erschienenen Arbeit über »Die Wirtschaftlichkeit kommunaler Betriebe« eine solche These auch als Sozialdemokrat aufgestellt. Mit Recht, denn es ist für sachlich und billig denkende Menschen ein Unfug, wenn sich (wie es in einer der größten Städte der Schweiz geschehen ist) eine Gemeindeabstimmung über die technische Frage, ob für einen gegebenen Fall Dampfturbinen oder Dieselmotoren zu bevorzugen seien, zu entscheiden hat, oder wenn sich in einer anderen Stadt die Stimmberechtigten vor die Frage gestellt sehen, ob für die neue Gasanstalt horizontale oder vertikale Koksöfen anzuschaffen seien.

Jedoch nicht einmal im Akte selbst ist die Wahl in der modernen Demokratie frei. Gerade der Demokratie als einer Volksherrschaft ist die »Wahlmache« zu eigen, welche ihre natürliche Voraussetzung in der Beeinflußbarkeit der Masse hat, wodurch die Wahlen als »freie Willensakte« außerordentlich Einbuße erleiden. Auch auf die weitverbreitete, strafrechtlich nicht immer faßbare Wahlkorruption (vom Stimmenkauf und den Versprechungen bis zum *vin electoral*) und der sich mehr moralisch äußernden, aber ganz adäquat wirkenden Geltendmachung des (sich auch auf die zu Wählenden selbst erstreckenden)

Einflusses hochmöglicher Individuen aus dem Wählerkreis (the most skilfull electioneers) wäre in diesem Zusammenhange hinzuweisen.

Die Wahlfreiheit selbst, d. h. die Freiheit, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen, oder auf es zu verzichten, artet immer mehr in außerrechtlichen oder widerrechtlichen Wahlzwang, wie z. B. in Wahlnötigung (das »Schleppen«) aus. Das Wahlresultat ist folglich nur in sehr beschränktem Maße Ausdruck des »Volkswillens«.

Wahl führt also zur Herrschaft der Gewählten über die Wähler, welche oft einer Herrschaft von Führern über Geführte gleichkommt. Die von Kelsen in § 2 a—f trefflich geltend gemachten Gedanken, die ich bereits seit 1910 in meiner Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie entwickelt habe, enthalten also mehr als bloße Abschwächungstendenzen für die Durchführbarkeit der indirekten (und zum Teil auch der direkten) Demokratie.

Wer in der Demokratie nur ein Vertretungssystem durch Volkswahl erblickt, vermag sich zur Rechtfertigung dieses Systems auf die auch von Kelsen angeführten Gründe zu stützen, muß sich aber darüber klar sein, daß die Akzentuierung der Volkssouveränität auch für jedes aristokratische System sprechen kann. Denn der *Volkswille* vermag nicht einmal als Kriterium der Demokratie zu dienen. Es gibt auch eine Herrschaft der Diktatur oder des Tribunats mit Genehmigung des Volkes (Konsensus statt Parlament; oft nur schweigender, oft aber auch sehr lauter und deutlicher, wenn auch statistisch nicht faßbarer Konsensus). Es gibt aber ferner auch monarchische Diktatur auf Grund meßbarer Volkswahl. Das Volk gibt sich auf plebiszitärem Wege die absolute Regierung. So im Bonapartismus. In ihm erscheint der Cäsar als Inkarnation des Volkswillens (*la volonté populaire, faite homme*).

Nur in der Abstraktion ihrer Zielsetzung sind Demokratie und Aristokratie einander entgegengesetzt. Nur rein logisch genommen sind sie antipodisch. Historisch-empirisch impliziert dieser Antipodismus eine Fiktion: Es ist wissenschaftlich unzulässig, an der Absolutheit dieser Gegensätzlichkeit systematisch auch da festzuhalten, wo sie längst de facto überwunden ist. Realiter ist die Distanz zwischen Demokratie und Aristokratie zwar vorhanden (und zwar besonders handgreiflich in der Behandlung der Presse), entspricht aber keineswegs den Voraussetzungen der Abstraktionen. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: die Bedeutung der Staatsform ist nur sehr bedingt. Wir müssen uns bei der Analyse der Demokratie von einer rein staatsrechtlichen Formulierung des Problems loslösen. Denn der Staatsform braucht ihr massenpsychologischer Inhalt (Sitte, öffentliche Meinung, paretianische Residuen) nicht zu entsprechen. Historisch könnte man für viele Länder und viele Perioden sogar die These aufstellen und erhärten, daß die Demokratie für die Dehnbarkeit ihrer gesetzlichen Formen eine Art von Komplementäerscheinung in der Unduldsamkeit und Härte der Demokraten aufweise. Oft konstatieren wir ein fast kampffloses Nebeneinanderbestehen schöner demokratischer Rechtsform und höchst undemokratischer Geistesverfassung. Es gibt freie protestantische Staaten, die auf den Papismus als

unfrei herabblicken, in denen aber nur der zu Amte kommt, der sich durch ostentative Kirchengeherei legitimiert. In anderen ist (oder war) der Alkoholgenuß frei. Aber der von dieser Freiheit Gebrauch Machende gilt (oder galt) als ein unanständiger Mensch. Wieder ein anderes, liberales Land ist stolz auf seine Preßfreiheit, aber republikanische Zeitungen finden weder Verleger noch Vertreiber, weil diese mit dem öffentlichen Boykott bedroht würden. Ein viertes, diesmal republikanisches, Land läßt keine monarchistische Partei gesetzlich zu, denn eine solche sei staatsgefährlich. Die Behandlung der Neger ist in Demokratien ganz auf das aristokratische Kriterium von Herrenvolk und Kulturhybris eingestellt usw.

In den europäischen Staaten hat die Massenpsychologie die alten Unterschiede zwischen Demokratie und Aristokratie längst verwischt. Heute gehen die aristokratischen Strömungen insgesamt durch die Masse, und enden die demokratischen insgesamt im Führertum. Wer vermöchte zu leugnen, daß eine fascistische, eine alldeutsche, eine antisemitische Masse sich von einer demokratischen oder sozialistischen in nichts andrem unterscheidet, als in dem (in ihren Massenäußerungen und ihrem Verhalten nicht zum Ausdruck gelangenden) Parteiprogramm?

Daß fernerhin auch die Demokratie dem Gesetz der nationalen Transgression unterliegt, ist bereits festgestellt worden. Keine Demokratie der Welt hat bisher den Instinkten des nationalen Prestigegedankens zu widerstehen vermocht. Die Demokratie besitzt sogar einen besonders stark ausgeprägten Zug zum Expansionismus. Der Burenkrieg und die Behauptung Aegyptens sind Ausdruck liberalen englischen Machtwillens.

Richtig ist, daß in der Demokratie das Vertretersystem als Führerauslese wirkt. Aber Kelsen hat doch Unrecht, wenn er diese Führerauslese als Spezifikum der Demokratie behandelt. Es wird behauptet, die unterscheidende Wesenheit der »realen« Demokratie liege in der Auslesemöglichkeit. Sie liegt aber höchstens im Auslesereichtum, und auch der darf nicht überschätzt werden. Die Geschichte, deren Lehren von Fanatikern und Demagogen ignoriert zu werden pflegt, lehrt, daß die absolute Monarchie häufig in hohem Grade die Bildung von Eliten befördert und sich die begabten Elemente der beherrschten Klassen, sei es auch bisweilen nur auf dem Mittelwege ihrer Aufnahme in den Kreis der herrschenden Oligarchie (Adelsverleihung), nutzbar gemacht hat. Die Kenntnis der Geschichte des Sonnenkönigs in Frankreich beweist, daß der soziale Aufstieg mit dem Absolutismus nicht in Widerspruch zu stehen braucht und die Gentilhommierung der Bourgeoisie zu Nutz und Frommen der Verwaltung und des Heeres gerade damals auf der Tagesordnung stand. Eine aufgeklärte Aristokratie hat noch niemals das Gesetz der circulation des élites zu unterbinden versucht.

Daß aber in der Demokratie die Führer aus der Masse kommen, tut dem Prinzip der Führermacht keinen Abbruch und stärkt den Machtwillen der Massen ebensowenig als der Typus Selfmademan etwa das Prinzip des kapitalistischen Wirtschaftssystems schwächt oder die Arbeiterklasse »erlöst«. Die Führer weichen niemals der »Masse«, sondern immer nur anderen, neuen Führern.

IV. Franz Oppenheimer¹⁾:

M. H.! Was ich zur Sache zu sagen habe, kann ich unmöglich sagen, ohne gewisse Werturteile auszusprechen. Um nicht zur Ordnung gerufen zu werden, muß ich mich in äußerster Kürze über die Frage äußern, welche Werturteile verboten und welche erlaubt sind.

Verboten sind alle Werturteile, die aus der reinen Subjektivität des Urteilenden stammen. Das sind erstens diejenigen, die aus der, seiner psychologischen Gesamtpersönlichkeit entsprechenden, »Einstellung« zur Welt herrühren, und zweitens und vor allem diejenigen, die aus seiner »sozialpsychologischen Determination« stammen, d. h. diejenigen, die ihm als Bestandteil des Wertungskodex seiner soziologischen Gruppe eingeprägt worden sind.

Dagegen sind erlaubt, ja unentbehrlich, diejenigen Werturteile, die sich auf das Verhältnis von Mittel und Erfolg, von Organisation und Funktion, von Grund und Folge und so weiter beziehen. Hier sind einfache Tatsachen-Feststellungen bereits Werturteile. Wenn ich z. B. sage: dieser Mensch hat vierzig Grad Temperatur, so spreche ich das Werturteil aus: dieser Mensch ist krank. Die Aussage: diese Maschine nutzt 2% der Kohlenenergie aus, umschließt das Werturteil: diese Maschine ist sehr schlecht konstruiert. Die Aussage: dieser Satz enthält eine *petitio principii*, spricht das Werturteil aus, daß die Logik verletzt ist. Der Satz: in diesem Staate besteht die Sklaverei, spricht das Werturteil aus, daß hier der kategorische Imperativ der Wahrung der Würde aller Menschen, d. h. die Gerechtigkeit verletzt ist.

Unsere ganze Diskussion geht aus von der Tatsache, daß sich die Demokratie in einer »Krisis« befindet. Diese Tatsache aussprechen, heißt ein Werturteil aussprechen; denn »Krisis« bedeutet nichts anderes als ein Abweichen von der »Normalität«. Wenn unserer Gesellschaft grundsätzlich verboten sein sollte, auch Werturteile dieser Kategorie auszusprechen, so hätte dieses Thema ebensowenig auf unsere Tagesordnung gesetzt werden dürfen, wie das »Naturrecht«. Und ich wüßte dann in der Tat nicht zu sagen, welches Thema überhaupt geeignet sein sollte, auf unsere Tagesordnung gesetzt zu werden,

¹⁾ Prof. Oppenheimers Leitsätze lauteten:

1. Werturteile sind überall da nicht nur erlaubt, sondern unentbehrlich, wo es sich um das Verhältnis von Mittel und Erfolg bzw. Organismus und Funktion handelt.

2. Weder der Absolutismus in seinen beiden Gestalten als absolute Monarchie bzw. Diktatur eines einzelnen und als Diktatur des Proletariats, noch die parlamentarische Demokratie sind fähig, die Völker aus der gegenwärtigen Krise herauszuführen.

3. Zum Glück ist die allgemein verbreitete Meinung falsch, daß es nur diese zwei Formen des politischen Lebens gebe. Es gibt eine dritte: den Föderalismus.

4. Absolutismus und parlamentarische Demokratie (auch diese ist ein absoluter »Staat«, Tönnies, These 4) sind beides zentralisierte Staaten. Darin vor allem wurzeln ihre Unzulänglichkeiten (Kelsen, These 2). Zu erstreben ist der dezentralisierte Staat oder vielmehr dessen Wiederherstellung.

5. Dieses Streben kann keinen Erfolg haben, wenn nicht (Tönnies, These 2 und 3) in gleichem Tempo die soziale Frage ihrer Lösung nähergeführt wird.

und wie eine Diskussion möglich sein sollte, wenn es verboten ist, dem Gegner logische Fehler vorzuwerfen oder nachzuweisen: was ja Werturteile bedeutet.

Ich spreche also das erste Werturteil aus: die europäisch-amerikanische Gesellschaft befindet sich in einer schweren, vielleicht tödlichen Krisis. Ihr Zustand entfernt sich in bedrohlichem Ausschlage von demjenigen Zustande, den wir als »Normalität«, übertragen, als »Gesundheit« zu denken gezwungen sind. Die Gesellschaft ist krank, d. h. sie ist aus ihrer »physiologischen Breite« bedrohlich herausgeschwankt. Kein Mensch von normalem Verantwortungsgefühl kann bezweifeln, daß die Normalität nur gegeben ist erstens *politisch*, wenn in allen Schichten und Klassen der Gesellschaft das Gemeinschaftsbewußtsein stärker ist als das Schichten- oder Klassenbewußtsein, und *ökonomisch*, wenn wenigstens alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mitglieder der Gesellschaft samt ihren Angehörigen mit den Gütern der Notdurft und des sozialen Anstandes einigermaßen ausreichend versorgt sind, und, was vielleicht wichtiger ist, wenn sie an einer Steigerung der gesellschaftlichen Gütererzeugung wenigstens einigermaßen verhältnismäßig beteiligt sind. Es ist gleichzeitig eine Tatsachenfeststellung und ein Werturteil, daß beides nicht der Fall ist. Unsere Gesellschaft schwankt überall auf der Grenze zwischen dem latenten und dem offenen Bürgerkriege, und es ist ihr nicht geglückt, »die soziale Frage zu lösen« (Tönnies These 2), d. h. die Eigentumsfrage richtig zu ordnen (These 3).

Es ist ferner gleichfalls Feststellung von Tatsachen und Werturteilen, daß die beiden politischen Gestaltungen des Gemeinschaftslebens, die heute, mit sehr wenigen Ausnahmen, die Gesellschaften sich gegeben haben, sich als ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. Die eine dieser Formen ist die absolute Herrschaft eines Einzelnen oder einer Minderheit über das Ganze der Gesellschaft. Das absolute Fürstentum hat in der früheren und jüngsten Vergangenheit überall versagt und ist daran überall gescheitert, zuletzt noch in der Gestalt des Zarismus, der von allen europäischen Regierungen die in bezug auf Volkswohlfahrt und Volkskultur verderblichste gewesen war. Die »Diktatur« einzelner Präbendenten, die bis vor wenigen Tagen die sämtlichen Staaten Südeuropas beherrscht hat, ihrerseits ein Zeichen dafür, daß ihr Gegenspieler, die parlamentarische Demokratie, gleichfalls versagt hat, hat sich ebensowenig fähig gezeigt, die politische Beruhigung und das ökonomische Gleichgewicht auch nur einigermaßen herbeizuführen. Pangalos ist gestürzt, Primo di Rivera befindet sich in äußerst kritischer Stellung, und es ist nur eine Frage der Zeit, wie lange sich die übrigen Diktatoren werden halten können, in Europa wie in China, wo der latente Bürgerkrieg längst in den offenen übergegangen ist.

Ebenso versagt die Diktatur einer Minderheit, wenn es überhaupt möglich ist, diese logisch von der Diktatur eines Einzelnen zu unterscheiden, der ja doch immer nur mit Hilfe einer Minderheit herrschen kann. Der italische Fascismus hat vor der großen Aufgabe kaum weniger versagt, als die sowjetistische Diktatur des Proletariats.

Wenn die Menschheit nur die Wahl zwischen diesen beiden Möglichkeiten hätte, so stände es schlimm um sie. Sie könnte immer nur von dem einen Extrem in das andere fallen, ohne jemals ihren Ruhezustand erreichen zu können; der aber bedeutet nicht etwa einen Zu-

stand absoluter Reibungslosigkeit oder gar ungetrübten Glücks, sondern nur das, was die Medizin als die physiologische Breite bezeichnet, nämlich die Fähigkeit, sich wechselnden Bedingungen der Außenwelt ohne grobe objektive Störungen des Gesamtzustandes und ohne sie begleitende grobe subjektive Störungen des Bewußtseins anzupassen.

Glücklicherweise ist die verbreitete Meinung falsch, daß es außer parlamentarischer Demokratie und Absolutismus in irgendeiner Form kein Drittes gebe. Es gibt ein Drittes: den *Föderalismus*. Der demokratische Staat von heute ist historisch und rechtlich-verfassungsmäßig der unmittelbare Nachfolger des absoluten Staates. Der absolute Staat selbst aber ist ein verhältnismäßig junges, erst der Neuzeit angehöriges Gebilde. (Ich sehe hier von den absoluten Staaten des Altertums ab, spreche nur von der europäisch-amerikanischen Entwicklung.) Vorangegangen ist dem absoluten Staate in dieser Entwicklungsreihe eine ganz andere Form des Staates, die viele Züge des Föderalismus aufwies. Die Staaten stellten ein Haufwerk von Gauen, Städten, Dörfern usw. dar, die durch nichts anderes zusammengehalten waren als durch die dem gleichen Fürstenhause geschuldete Wehr- und Steuerpflicht, darüber hinaus aber sich in fast vollkommener Selbständigkeit nach ihren eigenen Bräuchen und Gesetzen, Urbaren und Weistümern, selbst verwalteten, ja, mindestens in den unteren Instanzen sowohl im Zivil- wie im Kriminalprozeß selbst richteten. Hier lag fast die gesamte »Souveränität« an der Basis der gesellschaftlichen Pyramide; fast alle Entscheidungen waren für relativ kleine, leicht übersehbare Bezirke und Personenkreise zu treffen, die ausführenden Organe und die Führer wurden aus einem allen Wählern wohl bekannten Menschenmaterial im wesentlichen nach ihrer Eignung ausgesucht und bedurften keiner außergewöhnlichen Qualifikation, da im kleinen Kreise auch die Aufgaben von keiner besonderen Schwierigkeit waren.

Diese Form des Staates, die sich wenigstens dadurch empfiehlt, daß sie mit einer bewundernswerten Blüte der Kultur organisch verbunden war, erlag nicht Fehlern ihrer inneren Verfassung, sondern äußerer Gewalt, die sie von außen und innen her angriff. Von innen her war es die steigende Macht der »Stände«, wurzelnd in der urtümlichen gewaltsamen Aneignung des Grund und Bodens, die die Masse des Volkes politisch mehr und mehr entrechtete und wirtschaftlich mehr und mehr enteignete, während gleichzeitig die Kämpfe der einzelnen feudalen Machthaber untereinander die Wohlfahrt des Landes zerstörten. Von außen her waren es die dynastischen Kämpfe der Staaten untereinander, die das schlimme Werk vollendeten. Die Zustände wurden schließlich unerträglich. Es waren, wie ich mich in meinem »Staat« ausgedrückt habe, schließlich alle Knochen der Gemeinschaft zerbrochen, und es wurde ein Gipsverband nötig, um sie zusammenzuheilen: der absolute Staat, der also eine historische Notwendigkeit gewesen ist.

Leider mußte dieser absolute Staat sich auch zu einem zentralisierten Staate auswachsen. Die örtlichen Gewalten mußten gebrochen, die Gleichheit sämtlicher Untertanen vor dem Gesetze mußte mindestens in gewissem Umfange durchgeführt, die Souveränität mußte von der Basis fort gänzlich in die Spitze des Staates, in den Fürsten und seinen Rat, verlegt werden. Daß hier des Guten zuviel geschah, war nach der Eigengesetzlichkeit aller Entwicklung unver-

meidlich. So wurde zuletzt der »Untertan« aus dem »Bürger«, und der Staat das allmächtige Wesen, das er heute ist.

Die Demokratie von heute ist der Erbe dieses absoluten zentralisierten Staates (These 4 Tönnies). Darin vor allem wurzeln, politisch gesehen, die Unzulänglichkeiten, die Kelsen (These II) mit Recht dem System vorwirft. Weil alles bis ins Kleinste »von oben her« angeordnet und ausgeführt wird, folgt das mangelnde politische Interesse (These 2 b); weil im großen Kreise die Beteiligten sich unmöglich kennen können, folgt das »sozialtechnisch notwendige Majoritätsprinzip« und das »Repräsentationssystem« (These 2 c und d), folgt die Notwendigkeit einerseits einer ungeheuren Bürokratie und andererseits der Parteien als Mittler zwischen dem Wähler und der absoluten Volksvertretung (2 e und f).

Die moderne parlamentarische Demokratie führt bekanntlich vorwiegend auf Rousseau zurück. Es ist wenig bekannt, daß er sie ausdrücklich nur für möglich gehalten hat in Anwendung auf verhältnismäßig kleine Bezirke und Gesellschaften; ihm stand immer der relativ glückliche Zustand der heimatlichen Kantonalverfassung seiner Schweiz, namentlich Genfs, vor Augen. Er wäre für eine parlamentarische Demokratie im zentralisierten Großstaate niemals zu haben gewesen.

Man läßt einen Gipsverband nicht liegen, nachdem die Knochen geheilt sind. Die Zentralisation muß soweit abgebaut werden, wie sie nicht unbedingt erforderlich ist; die Souveränität muß von der Spitze wieder an die Basis der gesellschaftlichen Pyramide zurückverlegt werden: in die Gemeinden und Korporationen. Wie die Oberbegriffe der Logik immer größeren Umfang und immer geringeren Inhalt haben, so müssen die Verwaltungen der, diese Träger der wahren Souveränität umspannenden, größeren Bezirke immer mehr Umfang und immer weniger Machtvollkommenheit haben, bis an der obersten Spitze nur noch Kompetenzen übrigbleiben, wie sie etwa heute die internationale geodätische Kommission besitzt. Die Spitze hat nur noch dort, wo es sich um Interessen handelt, die alle Bezirke und Gesellschaftskreise gleichmäßig betreffen, allgemeine Anordnungen zu treffen, Mindest-Leistungsprogramme aufzustellen und deren Ausführung zu überwachen; innerhalb dieses Rahmens genießen die souveränen Gruppen der vollkommensten Bewegungs- und Verfügungsfreiheit, sind insbesondere ohne weiteres berechtigt, über die Mindestprogramme hinauszugehen, wenn sie die dafür erforderlichen Mittel aus eigenem aufzubringen bereit und imstande sind, z. B. im Schulwesen.

Dieses Streben kann keinen Erfolg haben, wenn nicht *pari passu* die soziale Frage ihrer Lösung entgegengeführt wird (Tönnies, These II). Solange die heutige Eigentumsverteilung und die darauf beruhende Machtverteilung innerhalb der Staaten besteht, haben die besitzenden und herrschenden Klassen das stärkste Interesse daran, den zentralisierten Staat als Werkzeug der Erhöhung ihres Reichtums und ihrer Macht dienstbar zu machen, geradeso wie der absolute Fürst in der Zeit vor den bürgerlichen Revolutionen. Der Föderalismus ist erst erreichbar gleichzeitig mit dem Sozialismus (was durchaus nicht mit dem Kommunismus gleichbedeutend ist: aber darauf kann ich hier nicht eingehen).

Kapitalismus, Nationalismus und zentralisierter absoluter Staat

sind die Drillingsgeschwister, die die europäische Krise gleichzeitig in die Welt gestellt hat; oder es sind die drei Köpfe des Höllenhundes, der uns verdammten Seelen die Flucht aus dem Orkus verwehrt. Sie können auch nur zusammen zugrunde gehen. Wenn Föderalismus und Sozialismus erreicht sind, ist auch der böse Nationalismus, der nicht mit dem guten Nationalbewußtsein verwechselt werden darf, zu Ende. Nur in diesem Zustande ist es möglich, den Minoritäten ihre nationalen Rechte wirklich zu gewährleisten, ist ein dauerhafter Völkerbund und die Befriedung der Welt keine blanke Utopie mehr. Mich hier darüber näher auszulassen, verbietet mir die mir gesteckte Redezeit. Ich habe in meinem »Staat« alle diese Dinge ausführlich dargestellt.

Noch ein Wort zum Schluß: Glauben Sie nicht, daß hier ein einsamer Eigenbrödlar unerhörte Dinge vorträgt. Der Föderalismus marschiert als Idee, wie er in der Vergangenheit als lebendige und segensreiche Verfassung marschiert hat. Ueberall, namentlich im Westen und in Amerika hat der Weltkrieg, dieser furchtbarste Ausbruch der Krisis, die Männer, die nicht nur Kopf, sondern auch Herz, und die nicht nur Herz, sondern auch Kopf haben, zum Nachdenken gebracht, und vielfach lautet die ganz unabhängig von ihnen gewonnene Antwort: Dezentralisation des Staates, föderalistische Verfassung. Ich nenne Ihnen nur den Namen Harald Laski; soeben ist die schmucke Broschüre eines Friesen erschienen, Ludwig Andresen: »Der sterbende Parlamentarismus, Diktatur oder Selbstregierung?«, in der auf die in der Tat vorbildliche föderalistische Hardenverfassung der Friesen und ihre segensreiche Wirkung als das Vorbild unserer Bestrebungen hingewiesen wird. Ich könnte Ihnen noch viele Namen nennen, will mich aber darauf beschränken, auf den einen großen Vater des föderalistischen Ideals hinzuweisen: auf Proudhon. Er zuerst hat das große Problem in seiner ganzen Spannung und Vielfältigkeit verstanden und im wesentlichen bereits gelöst. Sein Stern ist im Steigen, wie der seines großen Zeitgenossen Marx, der ihn lange überstrahlt hat, im Sinken ist. Sub hoc signo vinces!

V. David Koigen¹⁾:

Verehrte Anwesende! Man hat hier viel vom Staat gesprochen. Es wurde der Eindruck erweckt, als ob es sich lediglich um die Demo-

¹⁾ Prof. Koigens Leitsätze lauteten:

Um die Demokratie zu erkennen, muß man sie im Zusammenhang mit einem größeren Ganzen, dem sie entstammt, dem sie angegliedert ist und dessen ewige Intention sie auszudrücken vorgibt, erfassen. Demgemäß gestalten sich meine Ausführungen wie folgt:

1. Die Lehre vom Volke und die Demokratie.
2. Die Lehre von der Kultur und das demokratische Bildungsprinzip.
3. Die Demokratie am Werke der Sozial- und Staatsbildung.
4. Die demokratische Humanität, ihre wohlbegründeten Hoffnungen und ihre Wirkungsgrenzen.

Bei der Entwicklung dieses Programms muß sich ergeben, was die Demokratie ist, was sie auszurichten vermag und wie ihre Menschen-, Rechts- und Sittenordnung von dem staatshistorischen Machtproblem entsteht ist. Die Demokratie als tiefbewurzelter Standpunkt und Methode innerhalb der Grenzen der Volks- und Kulturwirklichkeit, auch in unserer sog. historischen Zeit, soll zur Schau gestellt werden.

kratie im Dienste des Staates — so bei Geheimrat Tönnies, oder, wie es bei Professor Kelsen der Fall war, um die Demokratie, um die soziale Technik derselben im Staate handle. Die Demokratie schien hier kein eigenes Thema zu haben. Man verfaßte sehr gründliche Kommentare, ohne auf den eigentlichen Text acht zu nehmen. Ich will dagegen die Aufmerksamkeit auf den Text selber, d. h. auf das Volk als Quelle und Subjekt der Demokratie lenken. Die Frage ist so zu stellen: hat die Demokratie ihr eigenes, ja in weltgeschichtlicher Hinsicht ewiges Thema oder sie hat keines und soll also zur vorübergehenden Episode unseres Kulturkreises degradiert werden?

Um die Demokratie zu erkennen, muß man sie im Zusammenhang mit einem größeren Ganzen, dem sie entstammt, dem sie angegliedert ist und dessen ewige Intention sie auszudrücken vorgibt, erfassen. Man muß versuchen, sie aus ihrer Quelle, d. h. aus der Volksrealität heraus zu verstehen. Die Demokratie setzt denn auch das Werden, die Entwicklung, den Bestand und die Erhaltung des Volkstums und des Volkstümlichen voraus. Der ehrwürdige Gedanke der Volkssouveränität, an den auch Professor Tönnies (These 4 und 5) anknüpft, drückt nicht nur die Machtquelle als Voraussetzung, sondern zugleich die Betätigungsart der Demokratie aus. Ich habe nicht lediglich die sporadisch zur Äußerung gelangende, das Wollen und Denken nivellierende Massensouveränität im Auge — so während kriegs-revolutionärer Krisen oder in den Akten des Referendums oder in sonstigen Wahlakten —, sondern die spontan vor sich gehende und bewußt zu erzeugende Willens- und Urteilskraft des Volkes. Gemeint ist also eine permanente aktuelle Volkssouveränität und die Demokratie als ihr Organ und Funktion.

In Prof. Kelsens Darstellung hat die Demokratie gar keinen eigenen Inhalt. Man würde doch nicht ernstlich als solchen die Massenauslese, die Identität von Führern und Geführten, von Herrschenden und Beherrschten ansehen. Eine Auslese von Herrschenden von unten her, die Möglichkeit die Beherrschten in Herrschende und umgekehrt zu verwandeln, findet auch anderswo statt — man denke nur an den katholischen Klerus oder an manche Adelsvereinigungen — und gehört sicherlich zu den, wenn auch sekundären Merkmalen der Individual- und Sozialbildung einer demokratischen Kulturordnung (vgl. meine »Kultur der Demokratie«, 1912), trifft aber bei weitem nicht die Wesensgestalt der Demokratie.

Die Demokratie verfügt nicht nur über eigene Methoden, sondern hat auch ihren eigenen Inhalt. In der Lehre vom Volke, wie sie von der Demokratie notwendigerweise herausgearbeitet wird, ist er zu suchen. Gemeint ist hier das schlechthinige Volk, das Volk ohne ethnographische und kulturhistorische Adjektiva, nicht etwa das Preußische, Oesterreichische, Schweizerische, Französische u. dgl. mehr Volk. Bei aller Verschiedenheit der historischen Schicksale und der Kulturlagen, in deren Bann ein Volk lebt und wächst, lenkt die Demokratie das Augenmerk auf das schlechthinige Volk, auf eine besondere primäre Einstellung in ihm. Gibt es eine solche, kraft des Volkswerdens geforderte primäre Einstellung, so ist zu hoffen, daß wir, bereits vom Gegenständlichen her, allgemein verpflichtende Aufgaben und Methoden demokratischer Artung aufstellen können, daß wir ferner ein Kriterium der Handlung und des Denkens finden werden, von dem zu sagen wäre: es handle sich hier um die demokratische Betätigungsart.

Vor allem ist es also das schlechthinige Volk und seine Souveränität, um die die Demokratie Sorge zu tragen hat. Der soziographische Ort des so gedachten Volkstums ist in der Lagerung zwischen den gynäkokratischen Stammesverbindungen und den national-staatlichen Bindungen ausfindig zu machen. Genetisch pflegen die Ansätze zu gewaltherrschaftlichen bzw. ernational-staatlichen Verbindungen früher als das Volk — eher im Anschluß an die Stammesverbindungen — aufzutreten. Die Staatsgewalt und die ernational Bindung religiös-kultischer oder geschichtspolitischer Art geht der Bildung des Volkes voran. Erst die Abwendung der Vielen von der erobernden, kolonisations-kriegerischen Extensivität der Herrschaftsgewalten, der Selbstschutz der Vielen in der inneren, gegenseitigen Gebundenheit und Verpflichtung, wandeln sie, die Vielen, zu einem Volk schlechtweg. Der sich wiederholende Akt des Sich-Los-Sagens der Vielen von der Macht und Gewalt der Götter, des Heros, des Titanentums und selbst von der über die Menge schwebenden Staatsgewalt, und die gleichzeitige Gestaltung eines vermenschlichten, rechtmäßigen Daseins unter den sozial Geringen und Schwachen, erzeugt das Faktum des Volkes. Näher gesehen, ist der Akt der Wandlung der Vielen zum Volke der Erzeugung von volkstümlicher Humanität gleich, und auf diese primäre Wendung zur Humanität in Sitte, Recht, Kunst, Mythos und Wirtschaft, kurzum in der gesamten Ethologie sieht tatsächlich die Demokratie stets als auf ihre Quelle und ihren Inhalt zurück. Nie und niemals ist das schlechthinige Volk, ist das Faktum der volkstümlichen Humanität als Folge des offenen Kampfes mit theologischer oder politischer Ueberheblichkeit entstanden. Aber einmal entstanden, kämpft die volkstümliche Humanität um Existenz und Ausdruck im gesamten Bereiche des sozialpolitischen Daseins. Erst durch das Medium der Demokratie, als abgesondertes System und Organ der Volksentwicklung, sehen wir, wie dieser Kampf zu einer ewigen Spannung zwischen Vermenschlichung und theologisch-politischer Vergewaltigung, zwischen Vergesellschaftung und Einstaatlichung herauswächst. Dieser gegensätzliche Dualismus läßt sich bis an die letzten metaphysischen, sittlichen und wirtschaftlichen Wurzeln, genetisch — bis hinab zur Gegenüberstellung von Animismus und Totemismus (Gruppentotemismus), von Endogamie und Exogamie, von autochthoner Innenräumigkeit und expansiver Weiträumigkeit verfolgen. Es ist ein ewiges Motiv, von dem so die Demokratie beherrscht und getragen wird. Im Faktum des Volkswerdens findet die Demokratie ihren Inhalt, in der humanitären, rechtmäßigen Gestaltung und Auswirkung des Volkslebens sieht sie ihr eigentliches Thema.

Als Ganzes, d. h. als tätiges Organ und Funktion des Volkswerdens, tritt die Demokratie zunächst dort auf, wo es im sozialen Vorgang zu einer dauernden Spannung und in der Folge zu einem offenen Zusammenstoß zwischen der Vermenschlichung und der Einstaatlichung kommt. In der allgemeinen Kultur- und Sozialverfassung weist sie aber auf ein eigenes Bildungsprinzip hin, stellt einen eigenen Standpunkt dar und arbeitet eigene Methoden heraus; sie tut dies alles, um der Volkshumanität zur Auswirkung zu verhelfen, und indem sie also verfährt, erweckt sie das Bewußtsein von einer eigenartigen demokratischen Position des Menschen in der sozialen Welt. Ein allgemeiner Blick auf das menschliche Zwischenleben genügt, um zu erkennen, daß die soziale Welt sich be-

weitem nicht im sog. Herrschaftsverhältnis erschöpft. Die Menschen beherrschen nicht nur einander, sondern stehen auch irgendwie miteinander, im Wollen übereinstimmend, dann gegen- und nebeneinander, um nur auf die grundsätzlichen Bezugsverhältnisse hinzuweisen. Die Demokratie mit einer besonderen Herrschaftsform, etwa mit der Herrschaft der Majorität oder gar ihrer Auslese gleichsetzen zu wollen, hieße soviel, wie das vorgegebene humanitäre Faktum im Volkswerden, wie die demokratische Gestaltungsart selbst übersehen. In der Mannigfaltigkeit der menschlichen Bezugsverhältnisse und Verhaltensformen kämpft die Demokratie für Autonomie und Geltung. Als Geltungsprinzip sucht sie die Gesittung autonomer Wesen und Leistungen in Schutz zu nehmen, sie müht sich, um ein Schillerisches Wort zu gebrauchen, dem »Menschen im Bürger« zum Siege zu verhelfen. Gemäß ihrem Standpunkt tritt sie den Nebenmenschen und ihren Institutionen mit der Forderung sittlicher Verpflichtung entgegen. Sie zwingt die Umwelt zu sittlich-geistiger Auseinandersetzung. Als Verfechterin der Autonomie und der Geltung kämpft sie zugleich gegen die eigene Omnipotenz. Auch den andersgearteten Systemen von Trieben und Gestaltungsarten, auch dem Menschen als Naturwesen u. dgl. mehr muß Gerechtigkeit widerfahren werden. Allerdings: Ihrer Einstellung gemäß hat das gesamte Kulturleben Rechenschaft vor dem autonomen Geltungsprinzip abzulegen. Aber erst mit Hilfe ihrer Wirkungsmethoden am Werke der Sozial- und Staatsordnung wird ihr eigentlicher Gehalt zur Schau gestellt.

Um richtig die Rolle der Demokratie im gesamten Vorgang der Kultur abzuschätzen, darf man nie vergessen, daß die Demokratie bereits eine vielgestaltige Sozial- und Staatsordnung vorfindet, mit der sie sich keineswegs deckt, auch dann nicht, wenn jene als demokratisch bezeichnet wird. Nicht den humanitären Volkswillen abbilden, sondern an den Akt der Humanitäts-, Rechts- und Sittenbildung im Volke anknüpfend, die an diese sich angliedernde Bildungs- und Urteilsakte miterzeugen, — zählt zur vornehmlichen Aufgabe der Demokratie. Wo nur eine gemeinsame und potentiell gemeingültige sittliche und weiterhin ethisch-logische Wahrheit zum Durchbruch gelangt, da hat bereits der Geist der Demokratie Früchte gezeitigt. So gesehen, stellt sich selbst der Wahlakt und das Wählen, und auch nicht immer und überall, bloß als technisches Mittel der Sammlung und Sichtbarmachung von repräsentativen Volksurteilen dar. Nicht so sehr auf die Art der Urteilsbildung, sondern vielmehr auf den sittlichen Gehalt des Urteils kommt es hier an. So ist der plebiszitäre Weg, den z. B. Napoleon III. betrat, keineswegs als demokratischer zu qualifizieren. Ein Volk, das kraft eines Wahlaktes sich seiner Grundrechte, seiner potentiellen Rechtsfähigkeit überhaupt enthebt, zählt nicht zu den demokratischen. Und wer wird es denn wagen, einen ähnlichen Wahlakt als demokratischen zu bezeichnen? Nicht anders, als der eigentliche Sinn der Demokratie weder im Wahlakt noch in der Führerauslese sich erschöpft, wenn auch die demokratische Sozialordnung der freien Führerauslese sehr günstig ist. (Siehe meine »Kultur der Demokratie«, 1912. S. 217 ff. u. 281 ff.)

Die Demokratie wertet denn auch den Staat samt seiner repräsentativen Institutionen anders als es die Autokratie (Diktatur), Aristokratie u. dgl. mehr zu tun pflegen. Der Staat ist ihr vor allem ein

Garant und womöglich eine notgedrungene Existenzbedingung der auf die allgemeine rechtmäßige Geltung hinzielenden Sozialordnung; das Parlament und die Parteien sind ihr Organe zur Bildung von Gemeinschaftshandlungen und Urteilen, der Gewählte, der Führer — ein Rechtssuchender und -schaffender, die Behörde — ein sachkundiger Funktionär der allgemeinen Humanität. Gewiß sieht es im sozialen Leben, wie es in seiner Totalität sich vollzieht, anders aus, aber die Demokratie, inwiefern sie ihrem Wesen treu bleibt, drängt fortwährend auf die Anerkennung ihres Grundsatzes. Auch mit Bezug auf die sog. soziale Frage tut sie es, soll sie es tun, um so dem Menschen, dem schlechthinigen Volk sein Recht auf Autonomie widerfahren zu lassen. Von diesem Standpunkte aus lehnt sie die Superiorität des Staates, die zu völliger Einstaatlichung und so Entmenschlichung führt und führen muß, ab. Ein klassisches Beispiel: die kriegs-kommunistische Staatswirtschaft im Russischen Reich! Die Souveränität des Menschen und der Menschenverbände, wie sie fortwährend von der Ethik und dem Recht dargestellt und zum Ausdruck gebracht wird, ist und bleibt das eigentliche Thema der Demokratie. Und will man ihre Tendenz mit Bezug auf den Staat erfassen, so ist zu sagen: die Staatsbescheidenheit eines Kant drückt ihr Wesen eher aus als die Staats-Ueberheblichkeit eines Hegel.

Hier steht aber noch eine andere Frage zur Debatte, die tief in die Staatspraxis der Gegenwart eingreift. Prof. Tönnies hat sie als die Vollendung des modernen Staates durch die Demokratie formuliert. Darnach soll die Regierung unmittelbar vom Volk gewählt und durch einen auf ähnliche Weise gewählten Gerichtshof kontrolliert werden. Den Parlamenten käme dann lediglich die Rolle einer beratenden Körperschaft zu. Das so gedachte System sei kein parlamentarisches. Dagegen ist Prof. Kelsen nicht geneigt, Tribut der sog. modernen Tendenz zum Antiparlamentarismus zu zollen. Der Schwerpunkt seiner Betrachtungen liegt in der Personen- und Gruppenauslese der Regierenden, die durch Kompromiß sich der Stimmeneinhelligkeit nähern. Ohne es zu bezwecken, fällt er hier dem Psychologismus zum Opfer. Auch da tritt beim Kollegen Kelsen der grundsätzliche Inhalt und objektive Gehalt der Demokratie vor der Regierungs- und Herrschaftskunst zurück.

Was geht in Wirklichkeit im gegenwärtigen Bewußtsein der Demokratie vor? Wir befinden uns offenbar erst am Anfang der parlamentarischen Entwicklungsperiode, wie sie gerade durch die Demokratie in neue Bahnen gelenkt wird. Die Bestellung der Regierungen durch einen einmaligen Souveränitätsakt (Tönnies) widerspricht ebenso dem Geist der Demokratie, wie es der Regierungspsychologismus und Relativismus (Kelsen) auf seine Weise tut. Den Schwerpunkt habe man vielmehr auf die in rechtmäßig wissenschaftliche Formungen und Befehlsgebilde umgegossene permanente Souveränität der aktuellen, volkstümlichen Humanität zu legen. Nicht der sog. unmittelbare Volkswille, sondern die Volksrechte und Freiheiten sollen gemäß der neugearteten Sozial- und Wirtschaftsverfassung zur Auswirkung gelangen. Der neue Staat, der seine Macht aus zwei Quellen schöpft, soll — und zum Teil tut er es schon — ein doppeltes Parlamentssystem herausarbeiten: Gemäß seiner national-geschichtlichen Funktion, d. h. mit Hinblick auf die Generationsgebundenheit und die kulturgeschichtliche Staatskontinuität statuiert er ein **Zentralparlament**

und im Anschluß an das qualifizierte soziale Kulturleben und Wirken hat er Fachparlamente zu konstituieren. Die Institution der Sachverständigen bietet die Ansätze zu diesen, noch im Jahre 1912 von mir so genannten Fachparlamenten, die ihrerseits die einzelnen Ministerien aus sich zu entlassen und an die sich auch jene unmittelbar anzuschließen haben. In der Demokratie zeigt der Parlamentarismus die Tendenz, selbst die Exekutivgewalten an die repräsentativen Körperschaften nach Möglichkeit zu binden. Erst im Rahmen des so gedachten pluralistischen Parlamentssystems wird es möglich, den »einheitlichen Staatsakt« (Tönnies, § 7) in Permanenz in Aktion zu setzen.

Die Demokratie kann und soll auch nicht den gesamten Kulturinhalt erschöpfen. Sie kann nicht alles. In der Eigenmacht und dem Eigenrecht der objektivierten transpersonalen Staats-, Wirtschafts- und Geistesinstitutionen, in den Forderungen des unpersönlichen objektiven Geistes stößt sie auf unüberwindliche Grenzen. Sie vermag die transpersonalen Gebilde nicht wegzudisputieren; gemäß ihrem Geltungsprinzip, dem Prinzip der rechtmäßigen Geltung sucht sie aber im dialektischen Spiel der typischen sozialen Gestaltungsmächte die Humanität im Volksleben und das Volk selbst in Schutz zu nehmen und zu fördern. Sie bedeutet ein besonderes Prinzip im sozialen Gesamtleben und ihre Wirkungsaufgabe kennt wohl kein Ende. Das Volk ist ihr dauernder Inhalt, die Vermenschlichung ist ihr Ziel. So ist auch dem Wesen nach wahre Demokratie eine humanitäre Demokratie. In der Humanität, wie sie vom Volk gezeugt und vom Recht fortwährend sozial gestaltet wird, im Prinzip der rechtmäßigen Geltung und der rechtmäßigen Bildung findet sie das Kriterium ihres Schaffens und Wirkens. So gesehen, ist der Grundsatz vom Wahlakt, auf dem allein mancher und mit Unrecht, die Demokratie zu gründen wähnt, lediglich ein Mittel, die volkshumanitäre Willens- und Urteilsbildung sichtbar zu machen. Der Zentralpunkt der demokratischen Problematik liegt immerhin im Gemeinschaftsgehalt dieser sozialen Willens- und Urteilsbildung selbst.

VL. L. Nelson.

Wenn ich die soziologische Betrachtungsweise anwende auf die Reden, die wir heute hier gehört haben, so kommt mir vor allem deren ideologische Bedingtheit zum Bewußtsein. Denn bei fast allen stand die keineswegs soziologische Frage im Hintergrund: Wie rechtfertige ich die Demokratie?

Man gibt die Krise der Demokratie zu. Aber es will mir scheinen, als ob man vor der Gefahr dieser Krise den Kopf in den Sand steckt, die Ursachen wo anders hin verschieben will, während der Sitz dieser Krise doch nur im Wesen der Demokratie selbst zu suchen ist.

Mit dem Flickwerk von Reformen der Demokratie beizuspringen, heißt: nur eine Scheinhilfe leisten. Liegt der Fehler im Wesen der Demokratie, so wird die Krise nach einiger Zeit nur um so gefährlicher von neuem ausbrechen.

Am klarsten hat Herr Kelsen das Wesen der Demokratie beleuchtet durch den Nachweis, daß sie in Wahrheit nur eine »totemistische Maske« ist, daß sie in ihrem der Form nach nur vorbereitenden, in der

Tat aber entscheidenden Stadium nichts anderes ist als verhüllte Autokratie. Alles andere sei Illusion! Mit Recht verwahrt er sich gegen die Berufung auf die sogenannte »wahre« Demokratie, die der demokratischen Verfassungsform einen idealen Inhalt unterschieben will, der nun einmal nicht zu ihr paßt.

Worin wurzelt nach alledem die Krise der Demokratie? Sie betrifft das Prinzip der Majorität. Mit diesem Prinzip steht und fällt die Demokratie. Liegt die Ursache der Krise hier, so bleibt uns nichts anderes übrig, als mit der Verwerfung dieses Prinzips nach einem anderen System auf die Suche zu gehen. Aber das hat Herr Kelsen nicht getan. Er begnügt sich mit der totemistischen Maske. Ihm genügt die Illusion der Freiheit. Das ist der Vorwurf, den ich gegen ihn erhebe. Er hat die Demokratie der Autokratie entgegengestellt und die Vollständigkeit dieser Gegenüberstellung ungeprüft vorausgesetzt, als wenn es nur zwischen diesen beiden Formen zu wählen gälte, als wenn ein Drittes unmöglich wäre. Diese Voraussetzung ist ein bloßer Glaubenssatz, genau so unbegründet, genau so unbegreiflich und mystisch wie die autokratische Voraussetzung, daß alle Regierungsgewalt sich von einer überirdischen Macht herleiten müsse.

Herr Kelsen geht aus vom Ideal der Freiheit. Er hat diesen Begriff leider nicht genauer bestimmt. Tut man das, so kann man unter der Freiheit entweder Unabhängigkeit des Einzelnen von jedem anderen verstehen — womit die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung überhaupt entfällt. Denn das Wesen der Gesellschaft besteht in der wechselseitigen Abhängigkeit der Mitglieder der Gesellschaft voneinander.

Oder man versteht vernünftigerweise unter Freiheit Unabhängigkeit des Einzelnen von der Willkür anderer, Unabhängigkeit von Tyrannei, von Unterdrückung, Ausbeutung oder wie man es nennen will, — dann gelangt man von hier aus erst recht nicht zur Demokratie. Denn Demokratie bedeutet Beugung des Einzelnen unter die Stimmenmehrheit, und es ist für denjenigen, der sich beugen muß, sehr gleichgültig, ob er sich der Willkür eines Einzelnen oder der Willkür Vieler unterwerfen muß.

Freiheit, als Unabhängigkeit von fremder Willkür verstanden, nennen wir besser das Ideal des Rechts. Was das Rechtsideal fordert, ist nun entweder feststellbar oder nicht. Herr Kelsen hält es für nicht feststellbar. Aber dann entfallen auch alle Folgerungen auf die Vorzugswürdigkeit der Demokratie. Wenn das Ideal für eine soziale Ordnung nicht feststellbar ist, wenn also keine Ordnung ausgezeichnet werden kann, dann verdient auch die Demokratie keine Auszeichnung.

In Wahrheit hat aber Herr Kelsen selbst bestimmte Ideale eingeführt; so wenn er von der Notwendigkeit des Kompromisses, des Vertrages, des Friedens und der Freiheit der Kritik spricht. Es gibt also auch für ihn erkennbare Ideale. Aber was folgt daraus für die Demokratie? Wenn Herr Kelsen jene Ideale anerkennt, dann darf er daneben nicht das Ideal der Demokratie anerkennen. Niemand kann zweien Herren dienen. Erkennt man ein Ideal an, so muß man, zumal als Soziologe, nach den Mitteln seiner Verwirklichung fragen. Es gilt, sich umzusehen nach der geeigneten Macht, die zu seiner Verwirklichung aufgeboten werden muß, und dann diese Macht in den Dienst des Ideals zu stellen. Man kann dann nicht die Mehrheit befragen, es ihrem Gutdünken anheimstellen, ob sie sich der Verwirklichung

des fraglichen Ideals annehmen will oder nicht. Kurz: Wer irgendein Ziel anerkennt, kann nicht die Demokratie anerkennen.

Am klarsten läßt sich dies am Beispiel der Demokratie selbst zeigen. Wer die Demokratie will, muß als Demokrat zulassen, daß über ihr Bestehen oder Nicht-Bestehen abgestimmt wird. Wobei dann unter Umständen, wie hier von einem der Vorredner gezeigt wurde, der Bonapartismus herauskommt: die Majorität entscheidet, die Majoritätsentscheidung abzuschaffen. Was sagt der Demokrat dazu?

Hier liegt auch die Differenz zwischen mir und meinem verehrten Freunde Oppenheimer. Er hat den Föderalismus als Ziel. Was geschieht, um dieses Ziel zu sichern? Um diejenigen in Schranken zu halten, die dieses Ziel nicht wollen? Es gibt kein anderes Mittel als dieses: Wie jeder, der ein gesellschaftliches Ziel will, muß er eine zentrale Macht wollen, die die Aufrechterhaltung des Föderalismus sichert, indem sie alle ihm widerstrebenden Mächte in Schranken hält.

Nun ein Wort zum Kompromiß.

Es ist klar, politische Ziele können nur auf dem Wege des Kompromisses erreicht werden. Aber warum ist dazu die Demokratie erforderlich? Gibt nicht auch die Diktatur den Weg zum Kompromiß frei? Zeigt nicht gerade die russische Diktatur die Möglichkeit der Kompromiß-Politik?

Und was das Ideal des Friedens angeht, das nach Herrn Kelsen durch die Demokratie verwirklicht werden soll: Hat es denn je ein kriegischeres Zeitalter gegeben als das unsrige, demokratische? Der Friede, den die Demokratie bringt, ist bestenfalls der Burgfriede, d. h. der Friede, den der Krieg notwendig macht. Bestenfalls! Ich denke z. B. daran, wie man im demokratischen Deutschland, just während des Rechtsputsches in Bayern, die Reichswehr nach Sachsen marschieren ließ, um die dortige demokratische Linksregierung mit Waffengewalt niederzukuñpeln. Die Demokratie ist, weit entfernt, uns gegen den Fascismus zu schützen, vielmehr überall der Nährboden des Fascismus. Will man den Fascismus nicht, so muß man eine von allen Mehrheitsbeschlüssen unabhängige Macht aufrichten, die es verhindert, daß ein Fascist aufsteht.

Und wie steht es mit dem Ideal der freien Meinungsäußerung?

Herr Renner hat soeben behauptet, die Freiheit der Kritik sei in der Demokratie gesichert, da es in ihr jedem freistehe, Flugblätter herauszugeben. Das stimmt ja aber leider nicht; denn dies steht offenbar nur dem frei, der das erforderliche Geld hat, eine Druckerei zu bezahlen, und dazu das Glück, daß ihm sein Flugblatt nicht beschlagnahmt wird. Ganz zu schweigen von dem Glück, daß die übermächtige übrige Presse die Gefälligkeit hat, den Inhalt des Flugblatts nicht totzuschweigen, oder — wenn sie davon Notiz nimmt — ihn nicht ins Gegenteil zu verkehren.

Wir haben beispielsweise in Deutschland nicht die Freiheit, über die Kirche die Wahrheit zu sagen. Wenn wir das tun, kommen wir in Konflikt mit dem § 166 des Strafgesetzbuches, auf dessen Verletzung drei Jahre Gefängnis steht. Oder denken Sie an den »Affenprozeß« in Amerika.

Wer im Ernst Freiheit der Kritik will, muß sich entschließen, diejenigen zu unterdrücken, die die Freiheit der Kritik unterdrücken

wollen; er muß eine Macht einsetzen, die die Unterdrücker unschädlich macht.

Ein belgischer Kirchenfürst hat es den europäischen Demokraten vor kurzem ins Gesicht gesagt: »Ihr werdet uns alle Freiheit gewähren, im Namen eurer Grundsätze. Wir werden euch alle Freiheit verweigern, im Namen unserer Grundsätze.« So steht es in Wahrheit mit der Freiheit in der Demokratie.

Lohnt es angesichts dieser Lage nicht, nach einem Ausweg zu suchen? Es lohnt, wenn einem die Zukunft der europäischen Kultur am Herzen liegt.

Und ist es denn so schwer, diesen Ausweg zu finden? Ein Blick auf die Tatsachen zeigt, daß das Vorurteil von Herrn Kelsen nicht zutrifft, wonach jedes technisch entwickelte Gemeinwesen parlamentarische Form hat. Das technisch entwickeltste Gemeinwesen in Europa, das alle Stürme der Jahrhunderte überdauert hat, die katholische Kirche, besitzt nicht parlamentarische Form. Dort gilt das, was außerhalb der Politik überall anerkannt wird: daß man die Sachverständigen entscheiden läßt. Ich wiederhole auch hier meine oft gestellte Frage: Was würden die Kranken eines Krankenhauses sagen, wenn man es ihnen überließe, den Krankenhausdirektor zu wählen, da sie ja die Nächst-Interessierten seien, diejenigen, die unter den Folgen einer unfähigen Krankenhausleitung am schwersten zu tragen hätten. Sie würden vermutlich antworten, daß ihnen das zu gefährlich sei, daß sie lieber an der bewährten Methode festhalten wollten, wonach die Krankenhausdirektoren nach wissenschaftlichen Methoden ausgebildet werden.

Der Gedanke der Schulung der Staatsmänner ist nichts Neues. Es ist der alte klassische Gedanke von Platon, wonach geeignete Menschen zu Politikern ausgebildet werden sollen.

Was uns diesen Gedanken immer wieder verfehlen läßt, ist die Zweideutigkeit des Wortes »Demokratie«, wonach einmal »Schutz des Menschentums« — wie Herr Koigen sich ausdrückte — und das andere Mal Entscheidung durch Mehrheitsbeschlüsse unter »Demokratie« verstanden wird. Eine Zweideutigkeit, deren Nichtbeachtung alle Menschenfreunde dazu verführt, das Heil bei den Mehrheitsbeschlüssen zu suchen.

Wenn unter »Demokratie« Schutz des Menschentums verstanden wird, so bekenne ich mich zur Demokratie, so bin ich ein fanatischer Verfechter der Demokratie. Aber ich frage mich dann: Wie wirklichlichen wir die Demokratie? Durch Predigen werden wir den Schutz des Menschentums nicht erreichen. Und indem wir Mehrheitsbeschlüsse entscheiden lassen, geben wir den durch sie maskierten Mächten vollends anheim, diesen Schutz zu vereiteln.

Heißt das nun, daß man bei Ablehnung der Mehrheitsentscheidung auf das angewiesen ist, was nach Herrn Kelsen dann allein übrig bleibt: auf die Unterwerfung unter die Herrschaft eines »höheren« Wesens, eines Führers, der den Genossen nicht gleich ist, sondern über der Rechtsordnung steht und der freien Kritik entzogen ist?

Es ist ein durch nichts begründeter Glaubenssatz, daß uns bei Ablehnung der Demokratie im Sinne des Mehrheitsprinzips nichts anderes übrigbleibt als diese Zuflucht zum Mystizismus.

Ich benutze diese Gelegenheit, der Darstellung entgegenzutreten, die man kürzlich hier in Wien von meiner Ansicht über die Führer-

Auslese verbreitet hat. Man hat es so dargestellt, als glaubte ich an die »Berufung erleuchteter Weiser«. Diese Worte sind wirklich, wie ein Zitat von mir, als Ausdruck meiner Ansicht angeführt worden ¹⁾. Darin liegt eine grobe Irreführung. Ich stelle fest, daß ich nichts halte von der Berufung erleuchteter Weiser, daß ich nicht zu denen gehöre, die glauben, daß es auf der einen Seite eine von Haus aus minderwertige Masse gibt und ihr gegenüber einige von Haus aus zur Führung berufene höhere Geister.

Ich glaube, daß es niemanden gibt, der von Haus aus als höherer Geist zur Führung der Masse berufen ist. Ich glaube, daß in der Masse selbst alle die Kräfte vorhanden sind, die, hinreichend entwickelt, zur Uebernahme der Verantwortung geeignet sind. Worauf es ankommt, ist nur, diesen Kräften den Weg freizumachen, statt sie zu unterdrücken und abzuschneiden. Nur soll man sich nicht einreden, daß in der Demokratie diese Bedingung erfüllt ist. In der Demokratie wird die Masse in Wahrheit ebenso gegängelt wie in der Autokratie, nur mit dem noch hinzutretenden Nachteil, daß dies in verhüllter Form geschieht, und daß die Unterdrücker nicht die Verantwortung vor der Masse übernehmen und daher auch nicht die Folgen zu tragen haben. Sie schieben vielmehr die Verantwortung auf eine nicht faßbare **Z a h l**.

Auch in der Demokratie wird die Masse organisiert. Sie wird in jeder Gesellschaftsform organisiert. Will man, daß diese Organisation **n i c h t** zur Unterdrückung führt, so muß man die organisierte Macht der Gesellschaft in den Dienst dieses Zieles stellen. Man muß — wie ich das hier leider nicht näher ausführen kann ²⁾ — einen Machthaber einsetzen, der die Freiheit des Aufstiegs der in der Masse schlummernden Kräfte sichert, wie dieses in der Demokratie **n i c h t** geschieht.

Diese Frage der **V e r w i r k l i c h u n g**, diese im Grunde allein soziologische Frage, ist bei den Rednern wenig in den Vordergrund getreten.

Ich meinerseits sage mit einem Manne, der kein Demokrat war, der aber trotzdem auch nicht an die Berufung erleuchteter Weiser glaubte, einem Manne, der uns das Beispiel der Verwirklichung gegeben hat, mit **K o n f u z i u s**: »Wer nicht fragt: Wie kann ich das machen, wie kann ich das machen?, mit dem kann ich nichts machen.«

VII. Staatskanzler a. D. Dr. Karl Renner (Wien):

Die soziologische Gesellschaft hat sich dadurch, daß sie das Problem der Demokratie auf ihre diesjährige Tagung gestellt hat, ein großes Verdienst erworben. Denn es ist meines Wissens das erste Mal, daß sich eine Versammlung deutscher Gelehrter wissenschaftlich mit diesem Thema beschäftigt. Die Demokratie hat auf deutscher Erde erst sich durchsetzen müssen und hat sich nach den Ausführungen des österreich. Bundespräsidenten Dr. Hainisch auch durchgesetzt,

¹⁾ »Der Kampf.« Wien 1926. 5. Heft. S. 235.

²⁾ Vgl. dafür meine Schriften: »Demokratie und Führerschaft«, »Führer-erziehung als Weg zur Vernunftpolitik«, und »System der philosophischen Rechtslehre und Politik«.

bevor die deutsche Wissenschaft sich über ihr Wesen und ihre Bedeutung klar geworden oder auch nur zu ihrer Erörterung gekommen ist: Aber am Ende ist das gut so, denn hätte zuerst der wissenschaftliche Streit über ihr Wesen geschlichtet werden müssen, so gäbe es heute noch keine Demokratie: Wie die Diskussion zeigt, sind wir noch von einer Verständigung untereinander weit entfernt.

Man spricht jetzt allgemein von einer Krise der Demokratie. Demgegenüber muß ich feststellen: Die Demokratie hat gerade jetzt, gerade in dem letzten Jahrzehnt fast die ganze Welt erobert. Sie hat in Europa, in Vorder- und Nordasien die alten großen Militärmonarchien gestürzt, sie hat die eingelebtesten aristokratischen Systeme wie das in England abgelöst, sie ist aber auch außerhalb Europas in siegreichem Vormarsch begriffen. So dominiert sie heute auf der ganzen Welt als eine der Monarchie und der Aristokratie absolut gegensätzliche Staatsform. An dem Tage ihres Sieges reden natürlich vor allem jene, über die sie hinweggegangen ist, am aufdringlichsten über ihre »Krise«.

Ich glaube, daß unter all den Reden, die wir heute hier gehört haben, die Ausführungen Kelsens die klarsten waren. Zwar hat Koigen mit Recht darauf hingewiesen, daß es außer der staatlichen Demokratie noch eine gesellschaftliche Demokratie gibt: die Demokratie der Gewerkschaften, Genossenschaften, der freien Hilfsvereinigungen usw. Sie sind ein Staat außer dem Staate und sie waren viel früher demokratisch organisiert als der eigentliche Staat. Aber wir können nicht ohne Unterscheidung von allen möglichen Demokratien zugleich sprechen, sondern wir müssen uns auf die moderne staatliche Demokratie beschränken, um ein festes Objekt der Diskussion zu haben.

Und mit dieser Einschränkung stimme ich im wesentlichen den Ausführungen Kelsens bei. Ich meine nur, daß sein Ausgangspunkt nicht ganz richtig gewählt ist und daß einige Schwankungen bei ihm eben darauf zurückzuführen sind, daß er von der Freiheitsideologie ausgeht. Die Demokratie ist nicht zu verstehen, wenn man sie nicht aus dem Begriff der Gesetzgebung ableitet. Ursprünglich waren Recht und Gesetz ewige Kategorie und es wäre schwer gefallen, einem Bürger des 10. oder 15. Jahrhunderts klarzumachen, daß etwas bis zum Erscheinen eines bestimmten Gesetzblattes Recht gewesen sei und dann Nicht-Recht oder Unrecht, daß Recht und Unrecht überhaupt künstlich geschaffen werden können. Auch der Herrschende jener Epoche war nicht der Schöpfer des Rechts, sondern höchstens dessen Interpret. Das Recht ist für jene Zeiten eine übernatürliche Gegebenheit, eine Emanation der Gottheit. Dieser Glaube von der Unwandelbarkeit von Gesetz und Recht wird erst erschüttert in dem Augenblick, als sich die Gesellschaftsverhältnisse und die ganze gesellschaftliche Struktur rasch und tiefgreifend zu wandeln beginnen und sich das Bedürfnis nach neuem Recht geltend macht. Jetzt erst entsteht der Gedanke, daß die Menschen selbst es sind, die das Recht setzen. Der Gedanke, daß man Gesetze geben könne, ist der eigentlich revolutionäre Gedanke der Neuzeit und er ist auch zugleich der Vater der Demokratie gewesen. Noch Rousseau fragt, wie denn ein Gesetzgeber möglich sei und meint, der »Nomothet« müsse etwas Uebermenschliches, Halbgöttisches sein. So unverständlich schien einst eine Gesellschaft, die sich ihr Recht aus eigenem Antrieb setzt. In diesem Sinne ist Frei-

heit die Tätigkeit der Selbstbestimmung der Gesamtheit und hat mit individueller Freiheit nichts zu tun.

Wer gibt nun das Gesetz? Vorerst bemächtigen sich die geschichtlich gegebenen Machthaber der Gesetzgebung, sie üben sie von Gottes Gnaden, gleichsam nach übermenschlicher Eingebung und erst allmählich bricht sich der Gedanke Bahn, daß der Gesellschaftskörper selbst sich das Recht geben solle. Das kann die Gemeinschaft nur, indem sie sich ein gesetzgebendes Organ schafft. Und erst hier, an diesem zweiten Punkte, springt die Idee der individuellen Freiheit ein: Unaufhaltsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß das Gesetz dann dem Willen der Gesellschaft entspricht und den geringsten Widerstand findet, wenn es von der Gesamtheit der Individuen getragen ist. So führt der Weg von der Fürstensouveränität über die geteilte Souveränität zur Volkssouveränität, von der Entschließungsfreiheit der Gesamtheit zur freien Mitbestimmung des Individuums. Leitet man die Demokratie vom Begriff der Gesetzgebung ab, dann hat man damit auch die Erklärung dafür, daß die demokratischen Prinzipien, wie Kelsen ausgeführt hat, zunächst nur auf der Stufe der Gesetzgebung realisiert werden, nicht aber zugleich und in gleicher Form auf der Stufe der Verwaltung.

Noch immer versperrt man sich der Einsicht, daß die politischen Parteien notwendige und unentbehrliche Organe der staatlichen Willensbildung sind. Der einzelne gelangt durch den Widerstreit von Motiv und Gegenmotiv zum Entschluß: Nicht anders die Gesamtheit. Wer anders als die Partei kann denn die Motive und Gegenmotive in der Volksgesamtheit an die Oberfläche bringen? Die Männer, die »unbekümmert um Gestank und Flöhe«, wie es in Shakespeares Coriolan heißt, in Versammlungen und in nie rastender Agitationstätigkeit die verschiedenen Meinungen innerhalb der Volksgesamtheit sichten, die Gleichgesinnten zusammensuchen und den Andersgesinnten entgegenstellen, sie sind in Wahrheit die ursprünglichen Rechtsschöpfungs- und Rechtsfindungsorgane. Durch sie wird der Volkswille auf die einfache Formel Pro und Kontra gebracht. Alle möglichen Fragen werden von diesem Apparat aufgefangen und so gegeneinandergestellt, wie im gerichtlichen Verfahren Verteidiger und Staatsanwalt von entgegengesetztem Standpunkt aus ihre Argumente vorbringen. Die Parteien sind Organe der Wahrheitsfindung und dies auch dann, wenn in der Agitation Uebertreibungen vorkommen. Die Wahl ist heute, zumal unter dem jetzigen Wahlsystem des Proporz, eine sachliche Entscheidung, eine Entscheidung zwischen Parteien und Programmen, nicht zwischen Personen. Ist aber einmal die Wahl vorüber, so begegnen sich dann die Parteien auf parlamentarischem Boden selbst. Der Sinn der parlamentarischen Geschäftsordnung ist, daß abermals ein kontradiktorisches Verfahren anhebt, das dem Gerichtsverfahren ähnlich ist. Aber während das Verständnis für die Verteilung der Rollen im Gerichtsprozeß allgemein ist, und jeder die Funktion des Verteidigers und Anklägers versteht und begreift, will der Durchschnittsbürger noch immer nicht sehen, daß auch im Gesetzgebungsprozeß Männer notwendig sind, die das Pro sagen und solche, die das Kontra herausarbeiten. Das parlamentarische Verfahren ist aber nicht nur darauf angelegt, daß das Prinzip des wechselseitigen Gehörs gewahrt ist, sondern sein Zweck ist auch, durch das Prinzip der Öffentlichkeit jedermann die Teilnahme und Mitentscheidung zu

ermöglichen. Die Partei zu verstehen, das ist die Hauptaufgabe dessen, der die politische Demokratie verstehen will. Der Glaube, daß man außerhalb des Volkswillens stehe und sich in keine Partei eingliedern dürfe, ist spezifisch deutsch, spezifisch intellektuell und ganz und gar undemokratisch. Es kommt darin eine Mentalität zum Ausdruck, die in anderen Demokratien — es sei nur an England gedacht — schlechthin unbekannt ist. Ueber den Parteien stehen ist unmöglich. In dieser Prätentation versteckt sich meist nur das Bekenntnis, daß die eigene Meinung nicht parteibildend wirken, das heißt niemand hinter sich bringen kann und also auf Eingängerei beruht. Objektiv sein heißt nicht überhaupt keine Meinung haben, sondern heißt vielmehr, trotz eigener festbegründeter Anschauung auch die anderen Parteien verstehen und begreifen — eine fundamentale Tugend wahrer Demokratie.

Ich möchte mich ausdrücklich auch dem anschließen, was Kelsen über das Majoritätsprinzip gesagt hat. Es ist ein schwerer Fehler, das Majoritätsprinzip rein mathematisch aufzufassen und zu glauben, daß eine Partei 51%, die andere aber nur 49% der Wähler vertrete, sei das allein entscheidende Moment. Gewiß gibt es Fälle, in denen die Mehrheit frei entscheidet, aber auch hier frei nur insoweit, als die Grenzen des tolerari posse durch die Minderheit es zulassen. Ich könnte das aus meiner politischen Praxis mit vielen Beispielen belegen. Es gibt keine Mehrheitsentscheidung, in die nicht die Rücksicht auf die Minderheit eingegangen ist. In zahllosen Fällen stimmt die Mehrheit nach aufgezwungener Notwendigkeit nicht nach Willkür oder Belieben.

Was ist die Demokratie? Sie ist eine Maschinerie, vom Menschengeist ausgedacht, um aus der Summe der Köpfe und Weltanschauungen das herauszubringen, was dem allgemeinen Willen und Nutzen des ganzen Volkes am nächsten ist. Eine solche Maschinerie ist die moderne Demokratie, ihr Wahlverfahren sowohl als auch ihr Parteiensystem.

Wenn nun die moderne Demokratie — staatsrechtlich gesehen — eine geistreiche Maschinerie ist, den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, so fällt ein großer Teil der Kritik, die an ihr geübt wird, ins Leere. Als bloße Technik kann sie den Volkscharakter nicht anders darstellen, als er ist: Ist das Volk reif, spiegelt die Demokratie diese Reife ebenso wieder als sie im anderen Falle seine Unreife widerspiegelt. Es ist dann sinnlos, den Spiegel zu schelten. Es ist nicht anders möglich, als daß die politische Begabung und Willensrichtung eines Volkes im Gang der Maschinerie zum Ausdruck kommt. Deshalb wirkt die Demokratie verschieden und wirkt sich in verschiedenen Formen aus, je nach dem Volk und der Klasse, von welchem sie getragen ist. Die bürgerliche Demokratie etwa der früheren Burenrepubliken, die kleinbürgerliche Demokratie der älteren Schweiz, die bourgeoise Demokratie der Vereinigten Staaten sind wesensverschieden, nicht weil Demokratie, sondern weil andere Substrate der Demokratie!

Dagegen ist eine Wirkung dieser ständigen Selbstspiegelung des Volksdenkens unbestreitbar: Diese erzieht das Volksganze und die Volksteile zu fortschreitender politischer Reife. Darüber wäre im einzelnen vieles zu sagen.

Endlich hat Kelsen eine bestimmte Lehre als die marxistische Auffassung der Demokratie kritisiert. Nun, auch für den Marxismus gilt das Wort des Neuen Testaments: In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen bereit. Ich kann nicht zugeben, daß eine bestimmte

Lehre als Vertretung Marxschen Denkens angesehen wird. Sicher ist, nicht das Technische der Demokratie ist soziologisch und politisch das Entscheidende, sondern ihr gesellschaftlicher Inhalt, der außerhalb ihrer Rechtsform gelegen ist. Deshalb muß auch nach dem Volk und nach der Klasse gefragt werden, die die Demokratie realisiert. Will man zu einem abschließenden Ergebnis kommen, muß man über die staatliche Demokratie hinaus in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratie vorstoßen. Die Ausführungen des ersten Referates von Tönnies bilden in diesem Punkte eine wertvolle Ergänzung Kelsens.

VIII. Max Adler (Wien):

Die beiden Referate, die wir heute hier gehört haben, behandelten ihr Thema, die Demokratie, von ganz verschiedenem Standpunkte her. Herr Geheimrat Prof. Tönnies hat eigentlich mehr von der Idee der Demokratie gesprochen, d. h. von der Demokratie wie sie sein soll, während Herr Prof. Kelsen sich ganz und gar nur mit der Demokratie beschäftigt hat, die wirklich ist. Daher war auch der Standpunkt des ersten Referenten ein mehr ethisch gefärbter, während der des zweiten wesentlich sozialtechnischer Natur war. In beiden Fällen ist eigentlich die soziologische Betrachtung, d. h. die Ableitung des Wesens der Schranken und der Widersprüche der Demokratie aus den gesellschaftlichen Kräften zu kurz gekommen. Die Demokratie ist bei dem ersten Referenten ein sozial-ethisches, bei dem zweiten ein sozialtechnisches Problem geworden. Damit hängt auch zusammen, daß beide Referenten zu dem, worüber heute unter dem Schlagwort einer »Krise der Demokratie« viel verhandelt wird, einen verschiedenen Standpunkt einnehmen, der erste, mehr optimistisch, der zweite, mehr pessimistisch.

Nun möchte ich zunächst ein paar Worte über dieses Schlagwort von der Krise der Demokratie sagen. Wenn auch ich von einer Krise der Demokratie spreche, und glaube, daß man von einer solchen sprechen muß, so meine ich dies doch in ganz anderem Sinne, als in welchem gewöhnlich von dieser Krise gesprochen wird. Gewöhnlich meint man damit, daß die Demokratie sich überlebt habe und nicht mehr für unsere Zeit passe. Man meint, daß unsere Zeit neue Vertretungsformen herausgestalten müsse, die übrigens bei Lichte besehen, gewöhnlich nichts anderes sind, als die Wiederbelebung alter, in Wirklichkeit schon völlig überlebter Formen des Ständewesens. Von einer Krise der Demokratie in diesem Sinne kann gar keine Rede sein. Im Gegenteil: die Demokratie als moderne Lebensform des heutigen Staates hat sich ja erst in unserer Zeit durch die gewaltigen Umwälzungen in Mitteleuropa, die dem Kriege gefolgt sind, vollendet und das Grundprinzip der Demokratie, die allgemeine Rechtsgleichheit, wurzelt heute unerschütterlicher denn je in dem Rechtsbewußtsein der breiten Massen des arbeitenden Volkes. Aber gerade dieses ist es, was heute die Demokratie für gewisse Schichten kritisch erscheinen läßt. Der Gedanke nämlich, ja die sichere Voraussicht, daß das Proletariat sich der Demokratie bemächtigen könnte, daß es durch die Demokratie selbst, indem es die Mehrheit im Staate erobert, über die bloß formale Demokratie der Rechtsgleichheit hinaus zu seinem eigentlichen revolutionären Ziele, zur sozialen Demokratie der Gleichheit, wirtschaftlicher Lebens- und Entwicklungsbedingungen vorstoßen könnte, — das hat die Demokratie in den Augen vieler gebildeter,

ja gelehrter Vertreter der bürgerlichen Herrschaft kritisch werden lassen. Wenn also auch wir Marxisten von einer Krise der Demokratie sprechen, so meinen wir nicht, wie schon mein Freund Renner hier gesagt hat, daß die Demokratie selbst im Sterben liegt, sondern im Gegenteil, daß absterbende Gesellschaftsschichten der heutigen Gesellschaft an die Demokratie nicht mehr glauben wollen, weil sie immer mehr aufhört, »ihre« Demokratie zu sein. Darum ist es so charakteristisch, daß der Ruf von der Krise der Demokratie aus keinem Lager öfter und eindringlicher erschallt, als aus jenen Schichten des Bürgertums, wo man sich gleichzeitig nach dem »neuen großen Mann« sehnt, nach »dem Führer«, dessen überragende persönliche Bedeutung angeblich imstande wäre, der Zeit ihren Charakter zu geben und vor allem »Ordnung, heilige, segensreiche« herzustellen. Die »kritische« Haltung zur Demokratie ist auf diese Weise ideologisch sehr benachbart einer sehr sympathischen Würdigung des Fascismus, dessen »Exzesse« man ja nicht mitzumachen brauche und die über den »gesunden Kern« dieses neuen Regierungssystems nicht täuschen dürften. Wir haben ja auch heute hier zu meinem Erstaunen von Herrn Prof. Michels recht spitze Bemerkungen gegen diejenigen gehört, die den Fascismus, wie er sich ausdrückte, in contumaciam zum Tode verurteilen wollten, ein Verfahren, das freilich für den Fascismus leider lange nicht so gefährlich ist, wie seine wirklichen Todesurteile für seine Kritiker, die ihm erreichbar sind. So verstehen wir also unter der Krise der Demokratie die Abkehr der Bourgeoisie von ihrem eigenen politischen Ideal, für das sie einst in ihren Revolutionen gekämpft hat, sie ist das Resultat der Angst des Bürgertums vor der Demokratie als einem Klasseninstrument des Proletariates. Und so führt uns dieser Umstand zu dem eigentlichen soziologischen Gesichtspunkt, nämlich, zur Erfassung der Funktion der Demokratie innerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung. Es kommt weder auf die Idealgestalt der Demokratie, noch auf ihre Rechtsform an, wenn von Demokratie im soziologischen Sinn die Rede ist, sondern bloß darauf, welche Bedeutung sie im Zusammenhang mit den Kräften und Gestaltungen des gesellschaftlichen Lebens hat. Dann wird sich auch sofort zeigen, daß es gar nicht möglich ist von der Demokratie schlechtweg zu sprechen, sondern daß das Wort Demokratie einen sehr verschiedenen Inhalt bezeichnet, je nach der gesellschaftlichen Struktur, in der die Demokratie auftritt. Aber gerade von dieser sozialen Struktur der heutigen Gesellschaft, d. h. von der Tatsache ihrer Klassengespaltenheit, sieht das Referat des Herrn Prof. Kelsen vollständig ab. Von seinem juristischen Grundstandpunkt aus, der notwendig formal ist und formal sein muß, kommt er auch in der heutigen Betrachtung, in der er soziologisch vorgehen wollte, nicht dazu, seinen Gegenstand als eine Funktion der Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten, sondern sieht in ihm nur ein sozialtechnisches Problem, nämlich die möglichste Ueberwindung von Schwächen und Widersprüchen in der Demokratie. Aber auch, wenn man nur sozialtechnisch an die Demokratie herantritt, ist es unmöglich, von dem Unterschied abzusehen, ob die Gesellschaft, in der die Demokratie verwirklicht werden soll, eine klassengegensätzliche oder eine klassenlose ist, ob es sich also um Demokratie im Klassenstaate oder in der sozialistischen Gesellschaft handelt. Denn jedesmal bedeutet dann Demokratie schon inhaltlich etwas Grundverschiedenes

und darnach wird dann auch die sozial-technische Aufgabe eine verschiedene sein müssen. Ich habe daher schon seit meinem im Jahre 1922 erschienenen Buche über »Die Staatsauffassung des Marxismus« den Vorschlag gemacht, um endlich größere begriffliche Klarheit in die so verworrene Diskussion über die Demokratie zu bringen, die verschiedenen Begriffsinhalte zu unterscheiden, die mit demselben Worte Demokratie bezeichnet werden. Und so nenne ich jene Demokratie, die allein in einer klassengegensätzlichen Gesellschaft möglich ist, die politische oder formale Demokratie zum Unterschied von jener, die erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich ist und die ich als soziale Demokratie bezeichne. Damit wird dann klar, daß alles, was von der Demokratie als Idee einer solidarischen, sich selbst bestimmenden Gemeinschaft gilt, nicht von derjenigen Demokratie gelten kann, die wir haben, auch wenn sie noch so vollkommen ausgestaltet ist, weil alle Demokratie im Klassenstaate Demokratie eines unsolidarischen Ganzen ist, in welchem daher auch die Majoritätsentscheidung einen soziologisch ganz anderen Sinn haben muß als in einem solidarischen Ganzen. In letzterem stellt sie einen bloßen Verwaltungsakt dar, in ersterem ist sie stets ein Akt der Herrschaft der Majorität über die Minorität. Dies alles habe ich näher ausgeführt in meinem vorhin erwähnten Buche, sowie in der kürzlich erschienenen Schrift »Politische oder soziale Demokratie«, und ich kann hier nur darauf verweisen. Leider ist es mir noch immer nicht gelungen, Herrn Prof. Kelsen von der soziologisch bedeutsamen und notwendigen Unterscheidung dieser beiden Arten der Demokratie zu überzeugen, obgleich es auf der Hand liegt, daß die Demokratie und ihre Majoritätsentscheidung etwas ganz anderes sein muß dort, wo ihr Prinzip der Gleichheit aller Bürger sich auf die bloße Rechtsgleichheit beschränkt, innerhalb der die ökonomische Ungleichheit der Klassengegensätze dieses Prinzip der Rechtsgleichheit zu einer leeren Form, ja sogar zu einem Spott für die Lebensnotwendigkeiten der großen Masse werden läßt; und etwas ganz anderes dort, wo die Gleichheit der Demokratie keine bloße Rechtsgleichheit, sondern die Gleichheit der Lebens- und Entwicklungsbedingungen für alle umfaßt und daher eine solidarische Gemeinschaft erst möglich macht. Herr Prof. Kelsen hat die von mir vorgeschlagene Terminologie nicht übernommen, dagegen hat er selbst einen neuen Terminus eingeführt, der nur geeignet ist, die Verwirrung noch mehr zu steigern, indem er in seinem Vortrage von der Realdemokratie gesprochen hat. Diese Realdemokratie ist nämlich überhaupt keine Demokratie: das Wort soll bedeuten, daß man die Demokratie betrachten soll wie sie wirklich ist um dann zu erkennen, daß es überhaupt keine Demokratie gibt. Wenn mit diesem Worte darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß in jeder Demokratie Tendenzen vorhanden sind, welche aus den demokratischen Institutionen heraus die Demokratie gefährden, sie erstarren lassen in Mechanismus und Bürokratie, dann ist dieser Hinweis sehr berechtigt, aber dies neue Wort für eine alte Sache unnötig. Wenn damit aber gesagt sein soll, daß es heute überhaupt keine wirkliche Demokratie gibt, dann führt dieses Wort, sobald man sich nicht mit der einfachen Konstatierung zufrieden gibt, sondern auf die gesellschaftlichen Ursachen dieser Erscheinung zurückgeht, eben zu jener Erkenntnis, die ich in der Unterscheidung von politischer und sozialer Demokratie dargelegt habe.

Noch in einem anderen Punkte muß ich der Auffassung des Herrn Prof. Kelsen entgegenreten. Seine Darstellung und Kritik der Demokratie geht davon aus, daß das Wesen der Demokratie in der Realisierung des Freiheitsbegriffes gelegen sei, wobei er die Freiheit ganz im Sinne der individuellen Freiheit versteht. Ich halte diese Auffassung von der Demokratie, wie ich schon einmal näher ausgeführt hatte, für falsch, und zwar ebenso ideologisch, soziologisch wie historisch. Die Kelsensche Auffassung hängt aber gerade damit zusammen, daß er eben keinen soziologischen Standpunkt hat, sondern bloß vom Individuum ausgeht. Daher verwandelt sich ihm das Freiheitsproblem der Demokratie, in welchem gerade ihr sozialer Charakter am stärksten zum Ausdruck kommt, in den Kampf der individuellen Freiheit mit der dem Individuum entgegentretenden äußeren staatlichen Verbindlichkeit. So wird bei Kelsen die Demokratie zu einem Kampf zwischen Individuum und Gesellschaft, und die Demokratie hat bloß das Maximum individueller Freiheit und Unabhängigkeit zu realisieren, das noch mit gesellschaftlicher Verpflichtung zusammen bestehen kann. Diese ganz am Wesen der Demokratie vorbeigehende Kelsensche Auffassung — denn Demokratie ist ihrer Idee nach, wie wir gleich sehen werden, soziale Selbstbestimmung — wird freilich dadurch unterstützt, daß bei ihm, wie wir auch heute gehört haben, das Soziale erst durch die Normverbundenheit der Menschen gegeben ist, wo dann freilich Demokratie als Idee individueller Freiheit in stetem Gegensatz zum Sozialen sein muß. Demgegenüber ist zweierlei zu betonen: erstens, daß das Soziale nicht erst in der Form der Normverbundenheit erscheint, also nicht erst eine Gegebenheit des Sollens ist, sondern daß das Soziale bereits eine Form des Seins ist, nämlich der unaufhebbaren, in unserer Bewußtseinsgesetzlichkeit begründeten Bezogenheit des Einzelbewußtseins auf eine unbestimmte Vielheit von Bewußtseinsträgern, mit denen das Individualbewußtsein immanent (nicht erst historisch) zu einer geistigen Einheit verbunden ist. Erst auf der Grundlage solchen Hinausgewiesenseins des Individuums schon in seinem Individualbewußtsein auf andere gleichartige Subjekte ist überhaupt Normverbundenheit möglich. Das Soll der Norm ruht auf dem Sein der geistigen Verbundenheit alles Bewußtseins. Ich habe diese erkenntniskritisch zu verstehende Bezogenheit jedes Individualbewußtseins auf mit ihm verbundenes Vielheitsbewußtseins das Transzendental-Soziale genannt. Das Zweite aber, was hervorzuheben wäre, ist, daß der Begriff der Freiheit sich weder juristisch, noch soziologisch, noch endlich philosophisch als Begriff der individuellen Willkür zu Ende denken läßt. So verstanden ist der Freiheitsbegriff ein absolut populäres Vorurteil, das der einfachsten Ueberlegung nicht standhält. Denn nirgends ist der Mensch so »frei«, daß er tun könnte, was er »will«. Dieser Mensch, der so auf sich gestellt wäre, existiert überhaupt nicht, denn für keine reale Betrachtung ist der Mensch für sich allein gegeben, sondern er ist stets in irgendeiner von ihm untrennbaren gesellschaftlichen Verbundenheit. Auch das freieste Individuum ist nach Marxens Ausdruck ein vergesellschaftetes Wesen. Der Freiheitsbegriff kann daher nicht vom isolierten Individuum, sondern nur vom Individuum als einem Teil irgendeiner Gemeinschaft ausgehen. Und so ist aller überhaupt diskutabler Inhalt des Freiheitsbegriffes nicht die sagenhafte individuelle Freiheit, sondern die Freiheit des Individuums in der Gemeinschaft. Das bedeutet aber, daß

Freiheit nichts anderes sein kann, als die Selbstbestimmung der Gemeinschaftsgruppe, zu der das Individuum gehört. Freiheit ist Selbstgesetzgebung, Autonomie und gestaltet sich ganz notwendig aus ihren zunächst individuellen Bewußtseinsformen zu Beziehungen des freien Gemeinwesens aus, von dem das Individuum ein Teil ist. Das ist der Freiheitsbegriff der klassischen deutschen Philosophie, die ihn wohl am tiefsten erfaßt und kritisch begründet hat. Und in diesem Sinne ist dann der Freiheitsbegriff geradezu identisch mit dem Begriff der sozialen Demokratie, weil erst in einer solchen eine wirkliche Solidarität des Gemeinwesens und daher eine Selbstbestimmung desselben die auf dem Willen aller beruht, möglich wird.

Der wirkliche Ausgangspunkt zur ideologischen Erfassung der Demokratie ist also nicht die Idee der individuellen Freiheit, sondern die Gleichheitsidee. Dies zeigt auch ihr historischer Werdegang. Denn die Demokratie ist ja geschichtlich geworden als Verkündung der Idee der Gleichheit aller und als Protest gegen das bis dahin bestehende rechtliche System der Ungleichheit des Ständestaates. Heute, wo die Gleichheit aller vor dem Gesetze schon fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist, haben wir nicht mehr genug in lebendiger Erinnerung, daß noch bis vor 150 Jahren der Satz, daß alle Menschen von Geburt aus gleich sind, nicht selbstverständlich war, sondern gesetzlich geradezu gegenteilig normiert wurde. Und so sehen wir bei dieser Gelegenheit zugleich, daß die Demokratie im Sinne der Rechtsgleichheit im Grunde eine bloß bürgerliche Idee ist und erkennen auch von hier aus, den wichtigen Unterschied einer Demokratie, die sich mit dem Prinzip der Rechtsgleichheit erschöpft und einer solchen, die darüber hinaus nach Schaffung gleicher Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten für alle strebt. Das Prinzip der Rechtsgleichheit ist heute in Europa verwirklicht. Es hat aber an der ökonomischen Ungleichheit im Staate nichts verändert, es kann auch nichts an ihr ändern, weil die Rechtsgleichheit zwar das Eigentum eines jeden in gleicher Weise schützt, aber außerstande ist und sich auch nicht darum kümmert, jemanden ein Eigentum zu verschaffen, der keines hat. Deshalb ist zwar nicht die Demokratie, aber die politische Demokratie eine heute überlebte Form, sie ist zu eng geworden für das Vorwärtstreben in der Gesellschaft. Von dem Gedanken der Demokratie ist eben der der Gleichheit unabtrennbar, und dazu gehört, wie es ja auch Geheimrat Tönnies heute so schön hervorgehoben hat, die wirtschaftliche Gleichheit der Menschen, die allein erst den Begriff der Demokratie mit jenem Ideal der Gerechtigkeit in Einklang setzen kann, von der Tönnies gesprochen hat. Und wenn man nicht die Geschichte als ein zielloses Auf und Ab, ein Durcheinander von *corsi è discorsi* auffaßt, wie dies Herr Prof. Michels getan hat, sondern wenn man in der Geschichte einen gesetzmäßigen Prozeß erblickt, der wenn auch mit Rückläufen, doch über diese hinaus immer zu solidarischeren Formen der Gesellschaft führen muß, weil dies in der Eigengesetzlichkeit der ökonomischen Lebensformen der Gesellschaft begründet ist, dann sieht man klar, daß die Krise der Demokratie heute nur darin besteht, daß dieser Fortschritt von der politischen Demokratie zur sozialen bereits im Gange ist und die Demokratie für alle diejenigen kritisch macht, die unter diesem Gange der Geschichte um ihre Macht und Vorherrschaft zittern.

Schließlich muß ich auch noch jener Auffassung des Herrn Prof.

Kelsen entgegneten, die er bezüglich des Majoritätsprinzips entwickelt hat. Gerade an diesem Punkte rächt es sich am meisten, daß der Referent bloß Schwierigkeiten vor sich sieht, die sozialtechnisch durch geeignete Reformen des Parlamentarismus und der Parteien überwunden werden könnten, nicht aber Probleme, die im Klassencharakter des Staates begründet sind. Daher kommt es, daß bei Kelsen sich alle Schwierigkeiten und Widersprüche der politischen Demokratie schließlich in der Forderung des Kompromisses der Gegensätze auflösen. Das eigentliche Heilmittel für die Krise der politischen Demokratie ist bei ihm die väterliche Mahnung: »Kinder seid brav und vertragt Euch doch um Gottes Willen.« Er sieht also in Wirklichkeit gar nicht, daß durch das Vorhandensein der Klassengegensätze ein so tiefer, die wichtigsten Lebensfragen betreffender Riß durch die heutige Gesellschaft geht, daß dieser durch gar kein Kompromiß überbrückt werden kann, welches vielmehr immer nur bezüglich nicht grundlegenden gesellschaftlicher Regelungen möglich wird und auch da nur eine zeitweise Ruhe stiftet. In den Grundfragen der Gesellschaft gibt es kein Kompromiß, sondern nur brutale Majorisierung durch die eine oder die andere Klasse. Wir brauchen ja jetzt nur nach dem Musterlande der Demokratie, nach England, hinüberzusehen, wo die Bergarbeiter in monatelangem schwerstem Kampfe gegen die Grubenbesitzer stehen, aber nicht minder auch gegen die Regierung, die sich unbedenklich zum Schutze der Eigentumsordnung auf die Seite des Kapitals gestellt hat und keinen Augenblick zögerte, die demokratische Verfassung zuungunsten der Bergarbeiter zu sistieren, Ausnahmsrecht und Ausnahmsmaßregelung einzuführen, kurz mit der ganzen staatlichen Diktatur gegen die Bergarbeiter vorzugehen. So mündet im Klassenstaate alle demokratische Majorität notwendig in kritischen Augenblicken in die Diktatur der einen oder der anderen Klasse. Einen ganz anderen Sinn aber hat das Majoritätsprinzip in der sozialen Demokratie, d. h. in der Demokratie einer klassenlosen Gesellschaft. Hier bedeutet die Majorität keine Vergewaltigung der Lebensinteressen einer Klasse durch die andere, sondern lediglich eine Verwaltungsmaßregel innerhalb der Besorgung solidarischer Interessen. Prof. Kelsen hat zur Unterstützung seiner Auffassung, daß das Majoritätsprinzip in der Demokratie keinen eigentlichen Sinn im Kompromiß findet, geglaubt, sich auf die Ausführungen von Otto Bauer berufen zu können, in denen er davon gesprochen hat, daß in der inneren Entwicklung des modernen Staates es zu einem Gleichgewicht der Klassenkräfte kommen könnte. Otto Bauer hat bereits vor einiger Zeit in einer Polemik mit Kelsen ausdrücklich sich dagegen ausgesprochen, daß seine Lehre vom Gleichgewicht der Klassenkräfte in dem Sinne verstanden werden dürfte, als ob es sich dabei um ein Entwicklungsziel der Demokratie handle. Vielmehr sei dieses Gleichgewicht bloß eine vorübergehende Phase im Klassenkampfe, weil die gegnerischen Klassen jede von sich aus danach streben, diesen Gleichgewichtszustand zu ihren Gunsten zu überwinden. Und in diesem Sinne ist ja auch der viel mißverstandene Begriff des Gleichgewichtes der Klassenkräfte in den Entwurf des neuen Parteiprogrammes der österreichischen Sozialdemokratie, dessen Verfassung Otto Bauer nahesteht, übergegangen¹⁾.

¹⁾ Bei der endgültigen Feststellung des Textes dieses Parteiprogrammes auf dem Parteitag in Linz ist dann das Wort von dem Gleichgewicht der Klassenkräfte überhaupt gestrichen worden.

Alle diese irrtümlichen Vorstellungen über die Demokratie und ihre Funktion lösen sich also, wenn man sie nicht als ein bloß normatives oder sozialtechnisch zu gestaltendes Gebilde betrachtet, sondern es wirklich soziologisch, d. h. im Zusammenhang mit der Klassenstruktur des heutigen Staates untersucht. Dann aber wird, wie ich glaube, die begriffliche Scheidung zwischen politischer und sozialer Demokratie, die ich seit Jahren als unerläßlich vertrete, sich auch wirklich in dieser ihrer Unentbehrlichkeit erweisen. Und dann wird sich auch zeigen, daß die Ueberwindung dessen, was man die Krise der Demokratie nennt, nur möglich ist, gedanklich durch die Unterscheidung und praktisch durch den Fortschritt von der politischen zur sozialen Demokratie.

IX. Georg J a h n (Halle):

Meine Damen und Herren! Ich vermag zu meinem Bedauern den meisten der Herren Vorredner auf den von ihnen eingeschlagenen Wegen nicht zu folgen. Als ich hierher nach Wien zu unserem diesjährigen Soziologentage kam, habe ich angenommen, daß wir nicht darüber diskutieren würden, wie wir die politische Demokratie beurteilen, wie wir uns zu ihr verhalten oder gar wie wir uns ihre Weiterentwicklung vorstellen und wünschen, sondern darüber, welche Gestalt, welchen Inhalt und welche Wirkungsweise sie heute besitzt, und allenfalls noch, welche gesellschaftlichen Kräfte und Gebilde gegenwärtig an ihrer Fortbildung und Umgestaltung arbeiten. Das allein scheint mir die Aufgabe der Soziologie als Wissenschaft zu sein, eine Aufgabe, die von allen Rednern m. E. bisher nur Kelsen in seinem ausgezeichneten Vortrage und Michels in seiner Diskussionsrede in Angriff genommen haben. Mich interessiert dabei vor allem die Frage, wie und in welcher Weise sich die demokratische Ideologie bei dem Versuch ihrer Verwirklichung an den »sozialen Realitäten« bricht, von diesen gehemmt oder umgebogen oder unter Umständen sogar in ihr Gegenteil verkehrt wird. Leider verbietet es mir die kurz bemessene Redezeit, hier von meinem Standpunkte aus das ganze Problem der Diskrepanz zwischen demokratischer Ideologie und politischer Wirklichkeit zu erörtern und insoweit Stellung zu den Leitsätzen der Herren Referenten zu nehmen. Ich begnüge mich deshalb mit einem kleinen ergänzenden Beitrage zu dem von Kelsen herausgestellten Problem der Führerauslese in der Demokratie, der wenigstens an einem Beispiele zeigen soll, in welcher Weise die sozialen Realitäten die Verwirklichung der demokratischen Ideologie hemmen oder sogar verkehren. Gerade in dem Punkte der Führerauslese und Führerbestellung zeigt die Erfahrung besonders deutlich, wie Theorie der Demokratie und Praxis der Demokratie in offenbarem Widerspruche zueinanderstehen, Idee und Wirklichkeit sich nicht entsprechen, was einem unvoreingenommenen Beobachter ja gar nicht entgehen kann, aber trotzdem nicht zu einer Korrektur der Lehre geführt hat. Die Theorie der Demokratie geht auch nach meiner Auffassung von der Grundvorstellung aus, daß das zur politischen Tätigkeit und insbesondere zur Führerauslese berufene Volk aus ungeschichteten, in ihren politischen Tendenzen und tatsächlichen Handlungen nicht gebundenen Staatsbürgerindividuen besteht, die demgemäß von ihrem jeweils gewählten prinzipiellen politischen Standpunkt aus voll-

kommen frei und unabhängig ihre Entscheidungen treffen, also insbesondere wählen können. Von dieser Grundvorstellung aus, die ja offensichtlich eine Fiktion ist, ergibt sich die der Demokratie entsprechende Führerauslese: Die Staatsbürgerindividuen werden für fähig erachtet, unabhängig von irgendwelcher Interessengebundenheit lediglich nach ihrer prinzipiellen Einstellung zum Staat die zur Regierung (in der unmittelbaren Demokratie) oder zur Vertretung (in der repräsentativen Demokratie) Geeignetsten auszulesen und durch Wahl zu bestellen. Tatsächlich zeigt die Verwirklichung dieser Idee, wie Kelsen in Referat und Leitsätzen hervorgehoben hat, mannigfache Einschränkungen, von denen speziell für die Führerauslese m. E. die bedeutsamste diejenige ist, die durch das Dazwischentreten der Partei herbeigeführt wird. Da den Parteien regelmäßig nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Wähler angehört, so wird eine große Anzahl, in den meisten Ländern wohl die überwiegende Mehrheit, von vornherein und auf alle Fälle von jeder Beteiligung an der Führerauslese ausgeschlossen. Aber auch die Parteimitglieder selbst haben nur einen ganz geringen Einfluß auf die Auslese, die Auswahl, und zwar auch dann, wenn die Nominierung der Kandidaten auf demokratische Weise erfolgt (Wahl der Kandidaten durch die Gesamtheit der auf einen Meeting anwesenden Parteimitglieder, natürlich regelmäßig einer Minderheit). Ausschlaggebend ist vielmehr der sehr enge Kreis der regelmäßig von einer kleinen Minderheit gewählten Parteausschüsse und Parteivorstände, die ihrerseits ohne Befragung der Parteimitglieder ihre Führerkandidaten auslesen und nominieren und dann für sie erst hinterher um die Stimmen der Parteimitglieder bzw. der Wähler überhaupt werben. Diese Notwendigkeit der Stimmenwerbung und die erforderliche Rücksicht auf die Wähler und ihre vermutlichen Aussichten, Stimmungen, Bedürfnisse ist es nun aber, die es gestattet, daß gewisse Wählergruppen die Führerauslese der Parteikliquen nun doch von vornherein beeinflussen und darin so weit gehen können, daß dadurch geradezu der Sinn der demokratischen Führerauslese verkehrt wird. Ich meine den bekannten Einfluß, den heute allenthalben Interessenorganisationen verschiedenster Art (und keineswegs etwa nur Klassenverbände) auf das Parteiwesen und die Wahlen ausüben. Die Staatsbürger-Individuen sind — entgegen der demokratischen Fiktion — in ihrem politischen Denken und Handeln keineswegs frei, sondern in mannigfacher Weise klassenmäßig, berufsständisch, religiös usw. gebunden und in Organisationen eingegliedert, die ihr Denken und Handeln in ganz anderer und wesenhafterer Weise bestimmen als die Partei, die für die allermeisten Wähler ein durchaus gleichgültiges, nur bei Wahlen in die Erscheinung tretendes Gebilde ist. Diese Organisationen wählen ihre eigenen Führer zumeist auf eine ganz andere Weise aus, als es die Partei ihrer Idee nach tun soll und tun will, auf eine Weise, die mit Demokratie überhaupt nichts oder doch nicht viel zu tun hat. Wir brauchen nur an die Unternehmerverbände zu denken, in denen die wirtschaftlich Mächtigsten von vornherein die Führerstellung eingeräumt erhalten, also etwa die Größe und Stärke oder auch das Alter der Unternehmung das Auslesekriterium darstellt. Aber auch in den Arbeitergewerkschaften ist seit der Ausbildung einer Hierarchie von Funktionären keine Rede mehr von einer demokratischen Führerauslese und Führerbestellung; der von kleinen Gremien angestellte Gewerkschaftsbeamte dient sich

heute die ganze Stufenleiter der Hierarchie empor, bis er an der Spitze angelangt und so in die Gewerkschaftsoligarchie hineingewachsen ist. Diese so auf nichtdemokratische Weise ausgelesenen Führer müssen nun aber in der Richtung der Interessen ihrer Organisation politischen Einfluß zu gewinnen, im Staate, gegenüber Parlament und Regierung die Forderungen der von ihnen geführten Schicht durchzusetzen suchen. Unmittelbar können sie das nicht, da in jeder konsequenten Demokratie der Weg zu politischem Einfluß stets über die Parteien und über die Parlamentsfraktionen hinweggeht. Also bleibt nichts übrig, als die Parteien für die Interessen der großen Organisationen zu gewinnen und sie nötigenfalls zur Wahrnehmung derselben zu zwingen. Das letztere ist in sehr erheblichem Umfange möglich, da ja die Mitglieder der fraglichen Organisationen gleichzeitig Wähler sind, die durch die Führerschaft der Interessenschicht einer bestimmten Partei zugeführt oder von ihr abgezogen werden können. Und so sehen wir denn, daß heute alle Parteien mit Rücksicht auf die mögliche Gewinnung gewisser interessenbestimmter Wähler deren Organisationsführer entweder freiwillig akzeptieren oder sie sich aufzwingen lassen. Es findet also eine Aufdrängung der in wesentlich nicht demokratischer Weise ausgelesenen Verbandsführer und eine Akzeptierung derselben durch die Parteien statt, was eine teilweise Verkehrung der demokratischen Idee der Führerauslese (also der Auslese und Wahl durch die Staatsbürgerindividuen unmittelbar) bedeutet. Diese Verkehrung wird erleichtert durch die moderne Verhältniswahl, bei der die Interessenschicht jederzeit mit Aussicht auf Erfolg zur Aufstellung eigener Kandidaten übergehen, also die Partei ausschalten kann. Der Vorgang selbst wird gewöhnlich absichtlich von den Parteien verschleiert oder in Abrede gestellt, was bei Listenwahl besonders leicht ist. Der einzelne Exponent der Interessenschicht verschwindet unter der großen Zahl der Parteikandidaten; aber der Kenner der Personen und der Organisationen kann mit Leichtigkeit eine Liste etwa der Demokratischen Partei oder der Deutschen Volkspartei zerlegen in Parteiführer, d. h. wirklich von der Parteimitgliederschaft erkorene oder doch von einer Parteiklique gemachte Führer, und in Organisationsführer, d. h. irgendwie zu Führern aufgestiegene Exponenten von Interessentengruppen (etwa des gewerblichen Mittelstandes, des Großhandels, der Industrie, der Privatangestellten, der Beamten und Lehrer usw.). An die Stelle des abstrakten politischen Menschen, des Staatsbürgers als Grundeinheit der Demokratie tritt also insoweit der durch Beruf, Leistungen an den Staat, Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft gekennzeichnete Verband (mit seinen Gliedern). Diese kurze Betrachtung über eine jedem bekannte Erscheinung im Leben der Demokratie führt mich zu folgendem Schluß: Die Demokratie, die ihrer Idee nach die staatspolitisch geeignetsten Bürger durch die Gesamtheit der Staatsbürger selbst auslesen und in geordnetem Stufengange zur Herrschaft emporheben will, ist nicht oder doch nur unvollkommen imstande, diesen Ausleseprozeß mit Hilfe der Partei durchzuführen. Es werden dieser vielmehr aus anderen Gesellschaftsgebilden (insbesondere Interessenverbänden) auf ganz andere Weise ausgesonderte Führer als Exponenten bestimmter Wähler aufgedrängt, die sie wohl oder übel akzeptieren muß, wenn sie diese Wählerschichten nicht verlieren will. Wie weit dieser Unterminierungs- und Aushöhlungsprozeß der Demokratie bereits vorgeschritten ist, läßt sich kaum exakt an-

geben; daß er vor sich geht, duldet jedoch keinen Zweifel, und es ist möglich, daß von hier aus einmal das politische System der Gegenwart umgestaltet wird. Wenn ich wollte, könnte ich mich nun noch in einer Prognose dieser möglichen Umgestaltung versuchen; aber ich glaube, daß eine solche bereits über den Rahmen des heutigen Verhandlungsthemas hinausgehen würde, und begnüge mich deshalb mit diesen kurzen Hinweisen auf eine tatsächliche Hemmung, die der politischen Demokratie durch bestimmte soziale Realitäten bereitet wird.

X. Karl Pribram (Genf):

Es läßt sich nicht verkennen, daß in der begrifflichen Konstruktion der Demokratie sowohl der Gedanke der Freiheit wie jener der Gleichheit der Individuen eine Rolle gespielt hat, allein im Vergleich mit dem Freiheitsprinzip kommt der Idee der Gleichheit doch nur eine sekundäre Rolle zu, wenn wir das Wesen der Demokratie als einer geschichtlich gegebenen Erscheinung richtig verstehen wollen. Die demokratische Bewegung ist, historisch betrachtet, in der Tat ein Bestandteil jener großen individualistischen Strömung, die im Gefolge der Renaissance und der Reformation auf allen Gebieten des geistigen Lebens einsetzte, die Befreiung des Individuums forderte und errang: auf religiösem Gebiete brachte sie die Lösung vom Glaubens- und Gewissenszwange; im Wirtschaftsleben die Aufhebung aller die wirtschaftliche Betätigung hemmenden Beschränkungen; im politischen Leben die Befreiung vom Staatsabsolutismus. Aufklärung, wirtschaftlicher Liberalismus und politische Demokratie sind derart, ideengeschichtlich erfaßt, Erscheinungsformen eines und desselben geistigen Grundprinzips. Allein angesichts der Unbestimmtheit, die dem Begriffe der »Freiheit« anhaftet, — »Freiheit« bedeutet zunächst kaum mehr als Negation eines Zwangs — halte ich es für zweckmäßig, den tieferen Sinn und Inhalt jener individualistischen Bewegung darin zu suchen, daß es galt, die volle uneingeschränkte Selbstverantwortlichkeit des Individuums auf allen Lebensgebieten zu begründen. Logisch, wenn auch nicht historisch, gebührt dem Gedanken der Selbstverantwortlichkeit der Primat gegenüber dem Gedanken der Freiheit: nur der ist frei, der bereit ist, alle Folgen seines Tuns und Lassens auf sich zu nehmen. Herr Nelson hat mir in diesem Hinweise auf das Problem der Verantwortlichkeit geradezu das Stichwort geliefert, indem er gegen die Demokratie den Vorwurf erhob, daß sie die Verantwortung für das politische Geschehen auf die Masse abschiebe. Ja wer ist es denn, der ursprünglich Träger dieser Verantwortung ist, und sie nun auf die breiten Massen abwälzt? Es ist offensichtlich, daß sich die politische Verantwortlichkeit verschieden konstruieren läßt, und es wäre sehr reizvoll, hier die verschiedenen Konstruktionsformen eingehender zu behandeln. Angesichts der knapp bemessenen Redezeit muß ich mich indes darauf beschränken, bloß die der Demokratie eigentümliche Konstruktionsform anzudeuten, und ich stehe nicht an, die Demokratie zu definieren als jene Verfassungsform, die auf dem Prinzip der individuellen politischen Verantwortlichkeit beruht. Auf diese Formel läßt sich, im Grunde genommen, die Ansicht Dr. Renners zurückführen, daß die Demokratie der Vorstellung des Gesetzes als einer ewigen, unänderlichen Norm die Auffassung des Gesetzes als einer von den Menschen

geschaffenen Vorschrift entgegensetzt; denn dies besagt nichts anderes als daß die Verantwortlichkeit für den Inhalt der Norm, die vor dem einem überirdischen Wesen zugerechnet wurde, nunmehr bei den Menschen ruht, die ihr Verhalten nach selbsterzeugten Regeln ordnen. Die Beispiele, die Prof. Michels für die Ueberspannung des demokratischen Gedankens in der Schweiz angeführt hat, lassen deutlich erkennen, daß hier jeder Staatsbürger im Wege der Abstimmung verantwortlich gemacht wird auch für die Entscheidung von Fragen rein technischer Natur, deren Beantwortung eine besondere Fachkenntnis erheischt.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Demokratie zu kämpfen hat, erklären sich nun zum guten Teil daraus, daß sie bestrebt ist, das Problem des politischen Verhaltens einer organisierten Gruppe, also das Problem einer kollektiven Verantwortlichkeit, mit den Methoden individueller Zurechnung der Verantwortung zu lösen. Diese Schwierigkeiten, die vielfach einen solchen Grad erreicht haben, daß man von einer Krise der Demokratie spricht, sind um so größer als im sozialen Leben der Gegenwart vielfach die Tendenz hervortritt, der unbeschränkten individuellen Selbstverantwortlichkeit auszuweichen. Auf dem Gebiete des politischen Lebens läßt sich dies am besten an dem Verhalten unserer politischen Parteien zeigen. Rein logisch ergibt sich aus dem Wesen der Demokratie, die jedes Individuum als einen Schnittpunkt verschiedenster Interessen auffaßt, daß die demokratische Partei im wahren Sinne des Wortes bestrebt sein muß, ihr Programm derart zu gestalten, daß möglichst viele Wähler ihm beipflichten und der Partei die Erlangung der Majorität der Stimmen ermöglichen. Nach diesem Grundsatz verfahren denn auch die Parteien in den angelsächsischen Ländern; ihr Programm ist durch Wandelbarkeit, Anpassungsfähigkeit an die wechselnden Interessen der Wähler charakterisiert. Die Partei verfügt wohl über eine gut eingerichtete Wahlmaschinerie, aber von irgendeiner »Organisation« der Wähler, einer dauernden Bindung der Wähler an die Partei außerhalb des Wahlaktes ist keine Rede, und ein englischer oder amerikanischer Demokrat wäre sehr erstaunt, den von Dr. Renner an die Angehörigen unseres Bürgertums gerichteten Vorwurf zu vernehmen, daß sie es ablehnen, »sich organisieren zu lassen«. Und weil die echt demokratische Partei die Relativität ihres Programmes einsieht, ist sie bereit, sich unbedingt der Spielregel des Majoritätsprinzips zu unterwerfen, und diesem Prinzipie unter Umständen selbst die augenblicklichen Parteiinteressen zu opfern, wie dies die Geschichte des englischen Parlamentarismus erst jüngst gelehrt hat, als die Liberalen die Unterstützung der Labour Party auf sich nahmen, um dieser Partei die Bildung einer Majorität zu ermöglichen. Mit diesen Prinzipien ist es allerdings unverträglich, wenn maßgebende Parteien des Kontinents — vorab die nationalistischen und die sozialistischen — die Parteizugehörigkeit auf objektive Momente — Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Klasse — zu begründen suchen, wenn sie diese Parteizugehörigen in eine straffe, auf alle Lebensgebiete sich erstreckende, dauernde Organisation einzuspannen bestrebt sind, wenn sie sich endlich zur Rechtfertigung ihres Programms auf den naturgesetzlich bedingten Verlauf der Erscheinungen des sozialen Lebens berufen. Läßt sich in der Tat die bindende Kraft eines Parteiprogramms aus derartigen Naturgesetzen herleiten, dann ist es im Grunde

genommen sinnlos, mit seiner Verwirklichung zuzuwarten, bis sich eine Majorität zu seiner Durchführung bereit findet: in diesem Falle ist es, wenn die Umstände für seine Verwirklichung günstig sind, geboten, auch auf anderem als auf rein parlamentarischem Wege, seine Durchsetzung zu versuchen.

Aus derartigen, im gärenden politischen Leben der Gegenwart wirksamen Tendenzen erklärt es sich, wenn hier neue Konstruktionen der politischen Verantwortlichkeit nach Ausdruck ringen; Konstruktionen, die dem einzelnen nicht mehr die freie Verantwortung für die Wahl der politischen Partei überlassen wollen, sondern ihn einzuordnen suchen in eine bestimmte Gliederung des sozialen Lebens. Der Gedanke des Wirtschaftsparlaments hat in derartigen Erwägungen seine Wurzeln. Die neue Verfassungsgesetzgebung Italiens bedeutet einen entscheidenden Versuch, die Verantwortlichkeit sozialer Gruppen in das politische Leben einzuführen. So ist der Begriff der Demokratie, der, historisch betrachtet, ziemlich eindeutig bestimmt zu sein scheint, einem Bedeutungswandel unterworfen; daraus erklären sich manche Meinungsverschiedenheiten, die im Verlaufe der Diskussion zutage getreten sind. Und vielleicht gehört die Zukunft gerade jenen neuen Tendenzen, die das Prinzip der individuellen politischen Verantwortlichkeit zu überwinden bestrebt sind.

XI. Gottfried S a l o m o n (Frankfurt a. M.):

Die neue Methode der Diskussion erschwert das Eingehen auf die Reden; wenn sich der Redner nicht an die Leitsätze hält, nützt auch keine Vorbereitung. Ich möchte also auf die ausgezeichnete Rede Kelsens nur ganz vorläufig antworten. Man kann eigentlich nur auf derselben Ebene streiten, und doch muß ich die rechtslogische Ebene, auf welcher Kelsen herrscht, sofort verlassen und rechtspolitisch oder soziologisch-politisch sprechen, und ich weiß nicht, ob ich Kelsens bedeutenden Ausführungen gerecht werde. Zwischen dem früheren und dem jetzigen Kelsen scheint mir eine Wandlung zu liegen, die sich z. B. durch den terminologischen Ersatz von Sein und Sollen durch Ideologie und Wirklichkeit ausdrückt. Aus einer neukantianischen Entgegensetzung ist eine relativistisch-marxistische Verbindung geworden, indem die logischen Formen als soziologische Mittel erscheinen. Während die Normen nicht galten, weil und insofern sie wirkten, sind diese neuen Formen als Mittel bestimmend für und bestimmt durch Wirkung und heißen nicht mehr Ideen, sondern Ideologien. Was versteht nun Kelsen unter Ideologien? Nur Illusionen und Fiktionen, z. B. hat die Demokratie als Ideologie die notwendige Illusion der Freiheit. Diese einseitige Auffassung von Ideologie galt im sozialistischen Revisionismus, der Ideologie nur im depravierenden Sinne verstand. Wenn es Ideologie nur als unwirkliche Vorstellung gibt, so erscheint doch am Schluß der Kelsenschen Rede eine Ideologie als Entsprechung oder Ausdruck der Wirklichkeit, d. h. der tatsächlichen Machtverhältnisse, nämlich die parlamentarische, d. h. die liberale Demokratie!

Ich bin Kelsens Meinung in bezug auf die Relativität des Uebau-Unterbau-Verhältnisses, aber Kelsen bleibt in der immanent juristischen Ideologie befangen. Der »juristische und politische Uebau«, die »gesellschaftlichen Bewußtseinsformen«, welche »Verhältnissen«

entsprechen, nämlich sozialen und ökonomischen Verhältnissen, wie Marx annimmt, schwebt bei Kelsen in der Luft. Da für ihn alle sozialen Phänomene scheinbaren, falschen Charakter zeigen, kommt er aus den Ideologien gar nicht heraus und bezieht eine Ideologie bloß auf eine andere, indem er z. B. die Idee der Demokratie nur in Beziehung auf die »Wirklichkeit« Verfassung setzt. Die »realen Bedingungen«, die sozialen Verhältnisse oder die Klassenlage, auf die Ideologien wirken und die eben durch diese Wirksamkeit bestimmt werden, sind nicht der Unterbau. In Kelsens Erklärung steckt eben noch der Kantianismus, der Gegenstand der Erkenntnis wird von der Erkenntnis selbst erzeugt; die Bewußtseinsgegenstände, Staat und Recht sind bloß Ideologien, weil eigentlich nur vom Staats- und Rechtsbewußtsein die Rede ist.

Demokratische Verfassung und Ideologie, d. h. Illusion der Freiheit, stehen in einer Verbindung, weil die Ideen als Mittel wirken. Aber die Ideen sind auch Leitbilder oder Ideale, wie z. B. Freiheit, die durch den Versuch der Realisierung entwertet werden. Der liberale Glaube der Intelligenz von 1848 ist geschwunden, das Ziel Freiheit wird zu einem bloßen Mittel, und so tritt denn ganz ungläubig und vernünftig die Idee der Freiheit nur noch in der Erörterung des Majoritätsprinzips auf. In Zeiten des sogenannten Klassengleichgewichts erscheint der Parlamentarismus als Sicherung der Freiheit und des Friedens. Aber die liberale Ueberschätzung der Gesetzgebung, die Auffassung der Herrschaft als Gesetzesvollziehung, ist auch in dieser Sozialtechnik geblieben. Die rationale Erwägung der Sozialtechnik ist völlig berechtigt für den Staatsmann, zumal in einer Zeit zunehmender Rationalisierung aller sozialen Beziehungen, aber hier tritt eben die Frage nach dem Erfolg auf, wie ihn nur die Entsprechung oder der Glaube an Entsprechung der Ideologie als Ausdruck der Wirklichkeit verspricht. Der liberale Demokratismus war eine historische Erscheinung, die einer Wirtschaftsverfassung der »freien Gesellschaft« entsprach, der Parlamentarismus beruhte auf dem Glauben, daß die Wahrheit, d. h. der unbekannte Volkswille sich im öffentlichen Streit ergäbe und gegen die Arkana der Staatsraison die öffentliche Meinung der wohlverstandenen Interessen die wahre Vernunft darstellte. Die Interessenvertretung der alten Stände wurde durch die Ideenvertretung der neuen Klassengesellschaft abgelöst, bis die Verhüllung der Interessen durch die Parteiprogramme offensichtlich wurde. Seitdem wird die Freiheit, die eine geistige Forderung ist, nur noch kulturell, nicht politisch vertreten. Der Liberalismus ist eben auf militärische und ökonomische Machtbildungen und -bindungen gestoßen, so daß die Realpolitik die Freiheit zur privaten Illusion werden ließ. Der neue Machtstandpunkt, den man nicht mit dem Parlamentarismus, wohl aber mit dem Demokratismus verbinden kann, macht sich in den interessenbewußten und selbsthandelnden Gruppen geltend, den großen Industrieklassenverbänden; und so tritt denn der Kampf um die Freiheit gegenüber dem um die Gleichheit zurück. Es ist offenbar, daß das neue demokratische Problem nicht etwa dem Aristokratieprinzip des Mittelstands, sondern dem Autokratieprinzip des Proletariats gegenübersteht, und daß die Gleichheitsideologie, der Kommunismus, die ganze liberale Demokratie, den Parlamentarismus, in Frage stellt. In unseren antisozialen Zuständen, sagte Heß in den »deutsch-französischen Jahrbüchern«, kann Gleichheit nur in der Form der

Negation der Freiheit, in der Herrschaft einer absoluten Autorität erscheinen. Ich muß also A d l e r recht geben, wenn er sagt, daß es sich bei Demokratie um Interessenharmonie, Solidarität, klassenlose Gesellschaft handelt, denn zur Demokratie gehört eben religiös oder moralisch, nationalpolitisch oder sozialökonomisch Gleichheit.

Wenn ich aber von der »sozialen Demokratie« absehe, und zunächst die »politische Demokratie« betrachte, so muß ich fragen, welche Demokratie gemeint ist. Ich kann dabei nicht die unvergleichliche athenische Polis oder die altgermanischen Stämme, auch nicht die moderne Bauerndemokratie der Schweiz oder Norwegens heranziehen, zumal in diesen kleinen Verhältnissen unter bestimmten Umständen, wie sie durch den Zusammenhang von Wahlrecht und Homogenität gekennzeichnet sind, die Erzielung des Consens nicht schwierig ist. Die demokratische Gemeindeverfassung oder das self-government ist nicht weiter problematisch; hier spielen auch Ideologien infolge der Kleinheit und Ueberschaubarkeit der Verhältnisse und der Gleichartigkeit der Lebenslagen und Sitten keine große Rolle. Die Uebertragung dieser lokalen Ordnungen auf den modernen Großstaat aber ist das thema probandum und Grund für eine besondere Ideologie. Wenn man bei der »recherche de la paternité« der Demokratie R o u s s e a u als Vater erklärt, so ist sein Idealbild von Genf von ihm selbst, wie von seiner Zeit, als »Utopie« erklärt worden. Was Amerika anbetrifft, so hat T o q u e v i l l e bereits auf die besonderen vorindustriellen Verhältnisse der Pionierzeit hingewiesen. Es handelt sich also um die Demokratie im Zeitalter des Industrialismus und zwar als politische Technik des zentralistisch-bureaukratischen Großstaats.

Die Diskussion der Demokratie setzt ein mit der Konstituierung und Konsolidierung der europäischen Territorialstaaten; die ersten Schriften über Demokratie, die die aristotelische Politik überwinden, glaube ich in der englischen Revolutionszeit, nach dem Freiheitskampf der Niederlande und im 30jährigen Krieg zu finden, in der Schule Conrings (Andreas Mullerus) und in der Nachfolge von Hobbes, vor allem bei Spinoza. Und es folgt, wie die Stände sich durch die Volkssouveränität, so haben die Staaten sich durch das Nationalitätsprinzip befreit. Das Nationalitätsprinzip bestimmt den Consens des absoluten Staats, wie es ganz deutlich wird, nachdem der Staat sich als einziges Ordnungsprinzip durchgesetzt hat und nach Ausschaltung aller »corps intermédiaires« der abstrakte Staatsbürger als bloßes Individuum dem Staate gegenübersteht. Dann tritt die territoriale an die Stelle der korporativen Vertretung und wird das anonyme Volk in der Summe der individuellen Staatsbürger, souverän; durch die Annahme einer Interessenharmonie wird die Vertretung des ganzen, einheitlich gedachten Volks zur Nationalversammlung, bis die überklassenmäßige Ideologie der Nation durch die bewußte Klassenvertretung sich enthüllt. Die Demokratie ist die Ablösung der direkten Interessenvertretung der Stände, die sich nur selber vertreten und wird zur »attrapenigaud« (Delaïsi); gegen den Schein der Demokratie ist die Kritik gerichtet, die Rückkehr zur unverhüllten Interessenpolitik verlangt; an die Stelle der unzusammenhängenden Staatsbürger, die im Consens eben nur nach außen einheitlich als Nation auftreten und als unzusammenhängende Massen durch Führer organisiert werden, soll die berufsständische Vertretung treten. Es handelt sich bei der Demokratie

nicht um Majorität und Minorität, wie beim Kampf um Freiheiten zwischen moneyed und landed interest, sondern um das »allgemeine Interesse« und um eine Gesellschaft, deren Glieder allgemeine Interessen haben, haben wollen oder haben können. Die Minorität ist nicht anderer Meinung, sondern hat andere Interessen, die mit Gewalt niedergehalten werden; sie ist die eigentliche, aber nicht herrschende Majorität, die sich ihrer Macht nur bewußt zu werden braucht, um die souveräne Nationalvertretung als dem Allgemeininteresse nicht entsprechend zu bekämpfen. Im Kampf um die Demokratie erscheint die Demokratie als bloßes Mittel, z. B. zum Sozialismus im Gegensatz zur kommunistischen These des Sozialismus als Mittel zur Demokratie. Es handelt sich m. E. nicht um die liberalparlamentaristische oder um die kommunistische Demokratie, die eine ist gewesen und die andere wird vielleicht werden; sondern um die gegenwärtige Demokratie.

Meine These ist also: Die Demokratie ist der moderne absolute Staat, die Allmacht begründet durch die Macht aller unter der Ideologie, der Mythe der Freiheit und Gleichheit. Wenn ich von »Staat« spreche, dem »status« der Herrschaftsmittel, den man eben nicht nur juristisch erklären kann, so verstehe ich unter Staat nicht nur die Legalisierung und Legitimierung, nicht bloß Gesetz und Rechtsbewußtsein. Für den Juristen als Vollstrecker oder Ausleger von Gesetzen handelt es sich nur um gegebene Autorität und Norm. Von der Gesetzgebung, die doch nur einem fallweisen Bedürfnis entspricht, kann man sagen: »Le roi règne, mais ne gouverne pas«, und der entpersönlichte Regent ist eben das Gesetz. Der moderne Staat nach der Entfernung des absoluten Monarchen muß sich der Fiktion der juristischen Personen bedienen, aber wer ist die reale Staatsperson, der Herr der Finanzen und des Militärs? Verfassung und Gesetzgebung sind doch nur Rahmen und Grenze. Auf die Ausgangsnorm kommt es weniger als auf die Durchführungsform an, und deshalb ist die Bureaukratie im modernen Großstaat entscheidend. Der Status, der eben nicht nur eine soziale Bewußtseinswelt rechtlicher oder sprachlicher Einheit, wie sie die Ideologie der Nation bestimmt, umfaßt, dieser Status wird beherrscht durch einen Apparat verwaltender Stäbe, die über Waffen und Geld gebieten; staatliche Macht ist Heer und Steuer, und die »ratio« des Staates bestimmt ihn eben als Macht. Darum gehören Staat und Krieg auch zusammen, nicht nur bei der Staatsbildung. Gewiß, seit der Grundsatz »legibus solutus« aufgegeben ist, ist die Regierung an das Gesetz gebunden und wird das Gesetz mit dem Volkswillen identifiziert. Aber diese Legitimation durch den Volkswillen ist nicht entscheidend, sondern die Frage, wer das Volk bildet und vertritt.

Wenn ich also die demokratische Staatsform untersuche, so muß ich die Entpersönlichung des Absolutismus ins Auge fassen. Der moderne Staat als Allmacht ist das Gegengewicht des Kampfs Aller gegen Alle, Einheit aus dem Gegensatz aller Einzelnen, Gleichheit gegenüber dem Gesetz. Damit die Opposition zum Consens wird, müssen alle Einzelnen unterworfen werden, und alle Zwischenbildungen zwischen Staat und Einzelnen ihrer Macht entkleidet sein. Dieser Egalitarismus, den die französische Revolution z. B. entsprechend den Tendenzen des Absolutismus nur durchsetzt, bedeutet die Schaffung eines allgemeinen Staatsbürgertums. Darum wird der Mensch denaturiert zum Zähler und Wähler, aller Partikularität und Qualität ent-

kleidet, werden alle Interessen und Parteilagen eliminiert, damit das Generelle dominiere, das Gesetz als Verpflichtung, nicht als Schranke, weil das Gesetz wie die Vernunft als Herrschaft über Triebe, als Herrschaft über die Interessen, die Sittlichkeit selber zu sein scheint. Die »volonté générale« ist immer im Recht und die »conformité de la volonté particulière à la volonté générale« ist die politische Tugend für Rousseau. Der Mensch bewegt sich nach einer allgemeinen, d. h. staatlichen Raison oder soll durch Erziehung dazu gebracht werden. In dieser antikischen Vorstellung ist eine »religion civile« und eine »aliénation totale« notwendig, damit die Vernunft über die Natur des Menschen, d. h. seine Selbstsucht herrsche. Dem Désintéressement des einzelnen Ichs gegenüber aber besteht das Interesse des Gesamts; für die Staaten untereinander, die in einem »naturhaften« Zustande sind, gilt als Raison die reine Interessenpolitik. Der absolute Staat ist also innenpolitisch auf die Einheit der Nation und außenpolitisch auf die Souveränität des einzelnen Staates gestellt, der einzelne Staatsbürger mit seinem millionsten Teil der Souveränität ist sozusagen frei nur im freien Staat. Die Idee der nationalen Souveränität mit der Verfassung des souveränen Volks verbunden bedeutet die allgemeine Dienstpflicht, begründet auf die Zustimmung durch das allgemeine Wahlrecht. Das Individuum, ohne Rückhalt und Ausflucht, steht nackt und bloß dem Staate gegenüber, der den Krieg zur allgemeinen Bürgerpflicht und die Arbeit zur Zwangsarbeit für die Steuer macht, dem allmächtigen Staate, dem man nur zu dienen und zu zahlen hat, wie ihn das Volk als absoluter Herrscher durchsetzt. Der Staat bin ich, d. h. nun im Gegensatz zu Ludwig XIV., dem es immer an Soldaten und Geld fehlte, die moralisch legitimierte und ökonomisch kreditfähige Herrschaft der Gesellschaft, d. h. der Staatsinteressenten. Wenn das Parlament ein Steuerbewilligungsapparat war, und dazu diente, die Verteilung der Rechte und der Steuern zu bestimmen oder der Willkür der Besteuerung einen Riegel vorzuschieben, so ging die Demokratie mit der allgemeinen Heerespflicht zusammen und ist, einerlei ob mit cäsaristischer, konstitutionell-monarchischer oder parlamentaristischer Entscheidungsgewalt, die Vollendung des absoluten Staates.

Das haben die Theoretiker des Absolutismus, Hobbes und Spinoza, und ihnen folgend Rousseau, begriffen. Wenn auch infolge ihrer statischen Vernunftauffassung eine Lehre vom Idealstaat bezweckt wird, so tritt doch ganz realpolitisch die Staatsraison hervor, die Bindung des Staates an die Vernunft bedeutet ja gerade Interessenpolitik. Verlangte die Allmacht eigentlich, daß es nichts außer dem Staate gäbe und entspräche der Demokratie also ein Weltreich, so ist tatsächlich das Nationalitätenprinzip das außenpolitische Korrelat der Demokratie. Preuß hat völlig recht, wenn er erklärt, daß Demokratie und Nation in der Geschichte wie in der Gegenwart identisch waren; auf den Zusammenhang demokratischer und nationaler Bewegungen, wie ihn Otto Bauer dargelegt hat, brauche ich gar nicht einzugehen. Die »déclaration of independence« und die »déclaration des droits de l'homme« sind die Erklärungen äußerer Unabhängigkeit und innerer Einheit, und darum handelt es sich für den modernen Machtstaat. Mit Recht hat Spinoza die Demokratie definiert als »allgemeine Vereinigung der Menschen, die in ihrer Gesamtheit das höchste Recht zu allem hat, was sie vermag«, weil das Individuum, das von Natur so viel Recht hat, als es

Macht besitzt, all seine Macht auf die Vereinigung übertragen soll. Als Diktatur der Vernunft wird dieser Staat erklärt, der wie *Spinoza* meint, »mehr wegen seiner Bürger als wegen seiner Feinde in Gefahr ist, denn man müsse fürchten, für neue Ausgaben aufzukommen, ins Feld zu ziehen und unbelohnte Narben nach Hause zu bringen«. Die Staatengeschichte ist eben Eroberungs- und Unterjochungsgeschichte, Annexion fremden Bodens und Depossidierung des kirchlichen und ständischen Eigentums. Entsprechend hat der amerikanische Verfassungstheoretiker *Madison* die Herrschaftsformen aus den Formen des Eigentums erklärt, und also gäbe es erst Demokratie, wenn alles Eigentum der Gesamtheit gehörte. »If the whole people be landlords, then is a commonwealth« (*Harrington*).

Da der Staat keine Existenz außerhalb der Gesellschaft oder vielmehr der in ihr herrschenden Gruppen hat, die sich durch das Recht eine Gesamtbürgerschaft zur ausschließlichen Behauptung des Besitzes, auf welchem ihre Herrschaft beruht, leisten, so ist aus jeder Staatsverfassung, die Gestaltung der Güterverfassung abzulesen. Die Verbindung der Gesellschaft mit dem Staat durch Vertretungssysteme ist jeweils Ausdruck des Erfolgs der Kämpfe zur Macht kommender Gruppen. Diesen Kämpfen gegenüber haben zuerst Kirche und Königtum, um sich von der Gesellschaft unabhängig zu erhalten, Ämter geschaffen. Aber es ist nur die Selbstverwaltung der ständischen Gesellschaft eingeschränkt, denn die Patronage über die Stellungen und die Rekrutierung der Bewerber haben entscheidenden Einfluß. Wenn der Territorialstaat den Ständen die Selbstverwaltung durch sein Beamtentum abnimmt und durch Wehr- und Steuerpflicht sich von der Abhängigkeit der Grundherren und der Kirche befreit, so ist es doch in dem Lande, das solange als Vorbild freiheitlicher Verfassung diente, in England nur insoweit zur Selbstbestimmung gekommen, als die Selbstverwaltung der herrschenden Gesellschaftsgruppen Selbsteinschätzung der Steuern und Selbstbegrenzung der Militäraushebung durchsetzt und die vollziehende wie gesetzgebende Gewalt an ihre Zustimmung bindet. Wenn in Frankreich die Selbstverwaltung untergeordnet und die Gesetzgebung als höchste Gewalt begründet wird, so hat hier das Beamtentum ohne das Gegengewicht der Selbstverwaltung gegenüber der Parlamentsregierung eine viel größere Rolle gespielt und ist trotz aller Umwälzungen unverändert geblieben. Wenn in England die Einschränkung der Gewalt Freiheit und zwar »reale Freiheit« d. h. Freiheit vom Staate ist, so ist in Frankreich eine absolute Gewalt, gerade durch eine »ideale Freiheit« begründet, als Freiheit des Staates aufgerichtet worden. Jedenfalls fragt es sich, kommt es auf die Freiheit an, die für den einzelnen Menschen in der gesellschaftlichen Sphäre wirklich besteht, und als Sicherung, als Garantie gegen den Staat gedacht wird; aber ohne Zweifel hat diese Freiheit nichts mit der Demokratie im politischen Sinne zu tun. Staat, d. h. zentralistischer Großstaat, dessen Typ Frankreich ist, ist darum von den Anarchisten mit Recht als das System der Schule, Kaserne, Polizei, Steuerbüros und Gefängnisse, als die ständige Verneinung der Freiheit erklärt worden. Die parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen sollen Kontrollen sein; Steuerlast und Militärpflicht sind für die Forderung und Erringung einer Aufsicht oder Teilnahme an der staatlichen Gewalt bestimmend gewesen. Das ist der Kern der Freiheitsideologie: Einschränkung.

Die Demokratie ist der absolute, nationalitäre Machtstaat mit der Ideologie der Freiheit und Gleichheit. Es ist ideologisch, im Staate einen Selbstzweck zu sehen, und gerade die Demokratie ist die vollendete Selbstzweckerklärung des Staates. Kelsen hat völlig recht wenn er nicht nur den Ueberbau, die Freiheitsidee, als Rechtfertigung der Demokratie, sondern auch die Verfassung als Ideologie erklärt. Die Demokratie als Verfassung aber hat ihren ideologischen Charakter auch darum, weil sie auf die Antike als Ideal zurückgeht. In Wirklichkeit enthalten unsere Staatsgrundsätze die Negation der Grundsätze, auf welchen die Gemeinwesen des Altertums beruht haben. Die Ueberwindung der politischen Ordnung im antiken Sinne ist ja der Sinn aller Kämpfe seit dem frühen Mittelalter. Das Ringen aller, jedes Standes, jeder Stadt, jedes Einzelnen und einzelnen Staates ist ein Kampf um Selbstbestimmung, Selbstregierung und Selbstverwaltung. Hier hat Freiheit eine konkrete, reale Bedeutung, denn es sind Kämpfe um Freiheiten, Rechte auf freie Sphären, politischer, ökonomischer oder kulturell-religiöser Art. Freiheit ist Schranke der Herrschaft gegenüber und Verfassung z. B. Festlegung errungener Freiheiten. So ist demokratische Verfassung der Ausdruck der Freiheiten, welche der dritte Stand forderte und errang, und sie entspricht eigentlich in ihrer liberalen Gestaltung einer Gesellschaft, welche zwischen der alten Stände- und der neuen Klassengesellschaft steht oder besser stand.

In dieser Demokratie soll die politische Gleichheit durch die Gesetzgebung gewährleistet werden. Der Volkswille soll frei, eben durch Wahl, oder auch direkt, entscheiden. Die direkte Demokratie erscheint unmöglich im Großstaat, aber das Verlangen nach Einführung von Referendum, Recall und imperativem Mandat ist bezeichnend nicht nur für das Mißtrauen gegen die Volksvertretung, sondern für die Erklärung der direkten als der allein wahren und wirklichen Demokratie. Gewiß, ein Volkswille, der indirekt zum Ausdruck kommt, und bei der Wahl der Vertretung erst »aufgeklärt« und bearbeitet wird, ist nicht frei, und eine Vertretung, deren Wahl unter Spezialaspekten geschieht, richtet sich auf die Dauer nicht nach den Parolen. Die soziale Ungleichheit muß dahin wirken, daß die Lastenverteilung nach der Machtgruppierung geschieht. Politische Gleichheit ohne soziale Gleichheit ist eben fragwürdig. Auch sind die Grundlagen der alten Demokratie, der Glaube an den freien Willen und die Harmonie der Interessen, erschüttert. Aber von dieser liberalen, parlamentarischen Demokratie behauptet Kelsen, daß sie unserer gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung entspricht.

Volkswille und Volksvertretung garantieren nicht Freiheit. Ich kann mir einen Volkswillen denken, welcher an die Stelle der souveränen Volksvertretung Diktatur oder Tyrannis setzen will. Der Mensch kann Freiheit, ohne recht Gebrauch davon zu machen, und Rechte, ohne Freiheit zu ihrer Ausübung, haben. Wenn die Freiheit in der Verwirklichung der Volkssouveränität besteht und das freie Volk eben den modernen Machtstaat begründet, so muß die Macht der Volkssouveränität immer ausgedehnter und der Kreis der Freiheit immer enger werden, wie schon Eötvös erklärt, so daß man entweder nicht bei der politischen Gleichberechtigung stehen bleiben kann, sondern bis zur faktischen Gleichheit vorschreiten muß, oder aber die Staatsgewalt zwar im Namen des Volkes, aber ohne seine Teilnahme ausübt. Und hier stehen wir, daß nämlich im Namen der

Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze dem Staate eine Gewalt eingeräumt ist, wie sie kein Despot besessen hat. Dieser Machtstaat ist eigentlich erst vollendet, wenn die faktische Ungleichheit des Besitzes beseitigt und das Prinzip der Gleichheit zu realisieren versucht wird. *Montesquieu* sagt, daß in einer guten Demokratie das Eigentum gleich und daß es klein sein müsse, damit hat er nicht nur den Zusammenhang von Staat und Eigentum, sondern auch den utopischen Charakter einer wahren und wirklichen Demokratie wie *Rousseau* verstanden. Was aber die heutige Situation anlangt, so muß man sagen, einerlei ob der demokratische Absolutismus durch immer neu vom Volke ausgehende Gewalt begründet wird und durch Consens gerechtfertigt ist, oder ob er durch einmalige Uebertragung unwiderruflich eine Obrigkeit begründet, *Mussolini* wie *Lenin* haben den Anspruch nie aufgegeben, den Volkswillen zu vertreten und auszuführen, und es handelt sich also gar nicht um eine Krise der Demokratie, zu der Diktatur nicht im Gegensatz steht, sondern um eine Krise des Parlamentarismus, welcher als nichtentsprechende, fiktive Vertretung des Volkswillens erscheint.

XII. Ludwig Heyde (Kiel):

Meine Damen und Herren!

Ich will der Mahnung unseres hochverehrten Präsidenten und Referenten, Geheimrat Tönnies, folgen und trotz der vorgerückten Stunde in »Gemütsruhe« sprechen, wiewohl Herr Staatskanzler Renner mich vor ein paar Tagen in Montreux in einer Tischrede als »Stürmer und Dränger« abgestempelt hat. Wenn letztere Rolle heute mehr Herrn Kollegen Max Adler zugefallen ist, so bleibe ich diesem gegenüber bei denjenigen Einwendungen, die ich schon im Schlußwort zu meinem Referat auf dem Heidelberger Soziologentage vor zwei Jahren geltend gemacht habe. Dabei verkenne ich nicht, daß er und Herr Jahn heute durchaus notwendige Ergänzungen zu den Referaten gegeben haben, indem sie auf Zusammenhänge des Demokratiproblems mit den Problemen der Klassenverbände hinwiesen, was übrigens in geistreicher Weise auch Heinz Marr wiederholt getan hat. Nicht hier aber möchte ich mit den wenigen Ausführungen, die die Zeit noch zuläßt, einsetzen, sondern mich ruft einiges von dem, was Professor Kelsen in seinem prächtigen beziehungsweise wissenschaftlichen Referat zum Majoritätsprinzip gesagt hat, auf den Plan. Verstand ich Herrn Kelsen hier recht, so kam er zu dem für den Ausklang seines Referats sehr wichtigen Schlusse, das Majoritätsprinzip führe überhaupt zum Kompromiß der Parteien oder doch zu Beschlüssen, die inhaltlich ein Kompromiß bedeuteten. Herr Dr. Renner hat das nochmals unterstrichen. Ich frage mich jedoch, ob wir, wenn wir diese These vorbehaltlos akzeptieren, einem formalen Prinzip nicht vielleicht doch eine zu allgemeine Wirkung unterstellen und hierzu aus dem Erfahrungsbereiche Mitteleuropas gelangen, der uns naturgemäß räumlich und geistig am nächsten liegt. In Deutsch-Oesterreich, scheint mir, sind die zahlenmäßigen Kräfteverhältnisse ähnlich wie im Reiche gelagert: es bekämpfen sich zwei ungefähr gleichgroße (in sich selbst freilich — insoweit hat Herr Kelsen vorbehaltlos recht — kompromißmäßig koalierte)

Gruppen. Unter dieser Voraussetzung — der ungefähr gleichen Gruppengröße — besteht in der Tat Nötigung zum Kompromiß, denn beide Seiten ziehen dieses à la longue dem Risiko vor, das in den Zufälligkeiten der Abstimmung gelegen ist und sich besonders bei einer Vielheit von Parteien außerordentlich steigert: im letzteren Falle tritt die Gefahr einer ausschlaggebenden Stellung kleinster Gruppen in den Gesichtskreis der größeren (kompakten oder koalitierten) Parteien, — jener spezifisch formal-soziologischen Figur des »Züngleins an der Waage«, bei der eine Gruppe im Streit der beiden anderen zugleich tertius gaudens und arbiter allein dank dem Majoritätsprinzip, angewandt auf ganz bestimmte Gruppenquantitäten, wird und so zu einem Einflusse gelangt, der in keinem Verhältnis zur eigenen Bedeutung im Volksleben steht. Aber es ist mir darüber hinaus zweifelhaft, ob nicht im modernsten Partei-leben das Kompromiß weit stärkere inhaltliche Ursachen hat als formale. Bei genauem Zusehen wird man nämlich beobachten, daß diejenigen Parteien, die nicht auf den äußersten Flügeln stehen, im großen und ganzen mit denselben Werten operieren: sie wollen verschiedene Mittel anwenden, öfter noch in verschiedener Zeitfolge dieselben Mittel gebrauchen, aber am Ziel des Wollens stehen allgemeine Werte, die im gegebenen Zeitalter und bei gegebener Volkseigenart sich bei einer Mehrheit politischer Menschen und in deren Parteiprogrammen finden. Der Spielraum, der in Mitteleuropa dem politischen Entschluß überhaupt gegeben ist, scheint mir nun, wie die bekannte Tatsache beweist, daß die parteipolitisch noch so verschieden zusammengesetzten Kabinette des Deutschen Reichs in großen Zügen seit einer Reihe von Jahren ungefähr genau dieselbe Politik machen, so gering, daß nicht einmal die Skala der Werte, die bei den einzelnen Parteien natürlich grundverschieden ist, eine entscheidende Rolle spielen kann. Hierzu tritt jedoch eine andere Ueberlegung. Wir sind nämlich gewohnt, viel zu sehr Abstraktionen, wie politische Parteien und politische Ideenkreise, als greifbare Realitäten und noch dazu solche von relativer Starrheit aufzufassen. In Wahrheit befindet sich das, was uns als »der Liberalismus«, »der Sozialismus« usw. erscheint, dauernd in Fluß, was ja für jeden, der sich mit Ideengeschichte jemals befaßt hat, eine Banalität ist. Weniger beachtet wird jedoch die eigentlich beziehungsweise wissenschaftliche Seite dieses Fluktuationsproblems: daß nämlich das Verhalten des einzelnen Anhängers der Idee oder des Parteimitgliedes oder des unorganisierten Mitläufers sich unaufhörlich verändert, ja überhaupt bei den einzelnen Menschen völlig verschieden ist. Die Beziehung zwischen dem einzelnen und »seiner« Partei schwankt zwischen einem als fast vollkommen empfundenen Aufgehen in ihr und der bloßen Erfaftheit eines winzigen Bruchtheiles der Persönlichkeit, und dieser Unterschied besteht sowohl im Vergleich mehrerer Menschen in derselben Zeit wie beim Vergleich der inneren (und oft auch äußeren) Haltung eines und desselben Menschen zu verschiedenen Zeiten. Bei genauerem Zusehen wird man finden, daß ein Teil dieser Schwankungen und Unterschiede zwar darauf beruht, daß Politik als solche das subjektive Interesse jeweils in verschiedenem Maße beansprucht, ein Teil jedoch auch darauf, daß die Haltung zu den Werten, um derentwillen die Menschen politisch handeln, Schwankungen unterworfen ist, insbesondere daß die Skala der Werte, wenn diese selbst auch für die

meisten Menschen große Lebensdauer haben, Wandlungen unterliegt. Eine eigenartige Rolle spielt nun hierbei das Parteiprogramm. Es entwickelt die allgemeinsten Grundsätze der Partei und zwar in der Regel unter dem Gesichtspunkt, möglichst allen etwas bringen zu wollen. Auf dieser Eigenart des Programms (auch der programmatischen Parlamentsrede usw.) beruht es, daß beispielsweise in eine und dieselbe Partei der eine hauptsächlich deswegen eintritt, weil er in ihr seine wirtschaftlichen Interessen, z. B. durch das Eintreten für Schutzzölle, am sichersten wahrgenommen glaubt, während der andere in dieselbe Partei aus »nationalen« Gründen eintritt und noch ein anderer kirchliche oder moralische Interessen in ihr am besten gewahrt glaubt. Oder aber: in eine andere Partei tritt der eine in dem Glauben ein, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse besonders machtvoll wahrnehme, während der andere die gleiche Partei erwählt, um seiner schärfsten Opposition gegenüber einer angeblich gegen die Freiheit der Kunst sündigenden Regierung Ausdruck zu verleihen, und ein dritter sich der Partei anschließt, weil er Republik und Demokratie bei ihr in sicherster Hut wähnt. Offenbar also ist die Anhängerschaft einer Partei ideenmäßig viel weniger miteinander verbunden, als es auf den ersten Blick scheint. Man kann vielleicht sogar der Demokratie nachsagen, daß sie die innere Disparatheit jeder Partei fördert, und hierin liegt vielleicht noch viel mehr als im Majoritätsprinzip an sich der Ausgangspunkt manchen Kompromisses. Der Zusammenhang zwischen dem, was eben über die Struktur der Partei gesagt wurde, und dem Prinzip der Demokratie enthüllt sich, wenn wir uns klar machen, daß jede Partei für ihren Bestand gewisse quantitative und qualitative Voraussetzungen hat, nämlich einerseits die große Zahl und andererseits erfolgreiche Führerauslese. Das aber heißt: konservativ-agrarische Parteien mußten unter dem Regime der Demokratie Zugeständnisse an die Arbeitermassen machen, zunächst in Programmen und Reden, dann im Handeln; gewannen sie so aber erst Arbeitermassen zu Mitgliedern, so gestalteten diese selbst das Handeln mit und schließlich auch das Parteiprogramm. Umgekehrt: Arbeiterparteien konnten in der quantitativ gegebenen Zwangslage, selbst zu regieren, nicht ohne Führer aus anderen Schichten bestehen. Sie warben um sie oder gewannen sie im Besitze der Macht ohne Werbung von selbst. Waren aber die Intellektuellen erst einmal in der Arbeiterpartei drinnen, dann stellten sie dort geistige Interessen vor materielle und zogen die Partei vom Klassenkampf des Lohnarbeiters immer weiter ab: selbst Programme, auf denen die ehrwürdige Patina von 30 Jahren lag, begannen zu wanken. Ich wiederhole, daß dieser allgemeine Assimilationsprozeß der Parteien sich besonders dann im politischen Kompromiß auswirken wird, wenn die hauptsächlich im Kampfe miteinander befindlichen Parteien einigermaßen gleich groß sind. Aber man könnte selbst dann das Wesen des Kompromisses nicht verstehen, wenn man sich nicht den ganzen Komplex von Beziehungen gegenwärtig hielte, den ich mir eben erlaubte, flüchtig anzudeuten. Die Bedeutung, die man bei einer solchen Analyse des Parteiwesens diesem letzteren beimessen wird, muß gewiß eine andere sein als die landläufige. Aber ich glaube nicht, daß der Soziologe sich dazu verleiten lassen darf, eine unparlamentarische Demokratie zugleich für eine parteilose Demokratie zu erachten. Tönnies scheint mir in seinen Leitsätzen sich gegen den Parlamentarismus zu wenden,

weil dieser durch Parteikombinationen entscheidend bestimmt wird. Ich kann mir aber schlechterdings nicht vorstellen, wie sich unter den Gegebenheiten des modernen Lebens, besonders im Hinblick auf das, was Kollege Jahn über die Rolle der Klassenverbände in der hohen Politik gesagt hat, die Wahl einer Regierung und eines Ephorats als »einheitlicher Staatsakt« verwirklichen soll. Für solche Wahl wird man Parteien brauchen, und wenn keine Partei allein die absolute Mehrheit erreichen kann, so wird man im Kompromißwege Minister- und Ephorenlisten aufstellen, und alles wird genau so sein, wie es heute ist, nur daß das Parlament ungefähr die Rolle hätte, mit der sich heute in Deutschland der Reichswirtschaftsrat begnügen muß, während die 15 Minister und Ephoren die sehr notwendige Arbeit, die sonst im Parlament arbeitsteilig geleistet wird, weder geistig noch physisch bewältigen könnten. Ich weiß natürlich, daß diese Kritik nicht an das ideal-typische Wesen des von Tönnies entworfenen Bildes der Demokratie heranreicht: dieses Bild ist gleichermaßen unbeweisbar wie unwiderlegbar. Die Vorstellung vom einheitlichen und gemeinsamen Wollen und Handeln in der achten These des Meisters ist bestechend schön. Wenn aber die Demokratie, zumindest in manchen Kulturepochen und unter bestimmten quantitativen Parteiverhältnissen, zum Kompromiß führt, so scheint mir ein Blick nach Rußland oder Italien doch zu der Frage zu verführen, ob die reale Tendenz zum Kompromiß nicht doch vielleicht »besser« ist, als eine derjenigen Möglichkeiten, die sich aus der ideal-typischen Demokratie, wie sie die Leitsätze unseres verehrten Herrn Präsidenten schildern, ergeben könnten.

Schlußwort von Geheimrat T ö n n i e s.

Eine Reihe von menschlich, psychologisch und politisch höchst interessanten Reden habe ich gehört, bin dankbar, aber nicht zufrieden, weil fast alle auseinander geredet haben. Ich möchte, daß akademischer verhandelt würde, und daß man einzelne Punkte eingehend erörterte. So war unser Plan, das war der Sinn der T h e s e n, die zur Debatte gestellt, nicht nur der Diskussionsredner halber aufgestellt werden sollten. An einer »Rechtfertigung« der Demokratie hat mir nichts gelegen. Ich habe nur vorausgesetzt, daß die Demokratie leben will. Dann lassen sich bestimmte Normen angeben, denen sie folgen muß, um zu leben, um Dauer zu gewinnen.

Max Adler hat zum guten Teil das ausgeführt, was im Sinne von meinen Erwägungen lag, auch Renner — ihr Pathos besitze ich zwar nicht — ich wünsche es aber auch nicht. Das Zurückdrängen der leidenschaftlichen Wünsche scheint mir notwendig für alle Erkenntnisse.

Die Scheidung der m o d e r n e n Demokratie von der Eigentumsfrage ist unmöglich.

Ob der moderne Staat an sich etwas schönes sei — darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich persönlich neige dem Ideal von Oppenheimer zu, wie gleich ich es für aussichtslos halte. Die moderne Demokratie ist der Sieg des Proletariats, das mit gutem Grunde glaubt, sich in ihr günstiger als bisher zu entwickeln. Weil mir bange ist, daß sie nicht leben kann, wenn sie sich selber unweise entwickelt, habe

ich heilsame Wege zu zeigen versucht. Gewiß ist für die Gangbarkeit solcher Wege eine große Erziehung der Menge nötig; aber auch eine der Demokratie angemessene Verfassung, die geeignet ist, ihren höchsten Beamten den gehörigen Spielraum für eine erfolgreiche Regierung zu geben, der sie unabhängig mache von den Agitationen einer ihr — der Staatsform — widerstrebenden Parteiung.

Ich hätte gewünscht, daß diese heilsamen Wege allseitig und ohne leidenschaftliche Erregung erörtert wären worden.

Das Korreferat, erstattet von einem der angesehensten Rechtsgelehrten Oesterreichs und Deutschlands, war sicherlich wertvoll, aber es war kein Korreferat, es betraf nicht das gleiche Thema.

Schlußwort Kelsen:

In meinem Schlußworte möchte ich mich darauf beschränken, auf die Einwendungen zu erwidern, die verschiedene Diskussionsredner gegen die Ausführungen meines Referates gemacht haben.

Wie weit ich mit Michels übereinstimme, geht aus meinem Referat hervor. Nicht folgen kann ich ihm, wenn er zwar im allgemeinen die Repräsentationsfiktion ablehnt, beim charismatischen Führertum aber eine Ausnahme macht, indem er hier die Möglichkeit einer wirklichen Willensübertragung von der Masse auf den Führer anzunehmen scheint. Warum gerade hier die Behauptung, daß der Führer nur den Willen der Geführten realisiere, keine Fiktion sein soll, wo nicht einmal eine Wahl des Führers durch die Geführten vorliegt, ist unverständlich. Der »schweigende Konsens« der stummen Massen, auf den allein sich der Diktator berufen kann, läßt die Repräsentationstheorie im Falle der Autokratie noch als eine viel krassere Fiktion erscheinen als im Falle der parlamentarischen Demokratie, wo das Volk wenigstens in der Wahl seinen Willen äußern kann.

Oppenheimer hat, wie das jetzt vielfach geschieht, von einer »tödlichen Krisis der europäisch-amerikanischen Gesellschaft« gesprochen und die moderne parlamentarische Demokratie für unfähig erklärt, uns aus dieser Krisis herauszuführen. Ich halte diese seine Problemstellung, trotz seines Protestes, für eine politische und nicht für eine soziologische und ich finde, daß der Vorschlag, den er zur Lösung der Krisis gemacht hat, mit dem Thema unserer Diskussion nur wenig zu tun hat. Er wirft mir vor, ich sei in dem Vorurteil befangen, es gebe nur entweder Autokratie oder Demokratie und nichts Drittes; gerade dieses Dritte aber, nämlich der Föderalismus, sei das Allheilmittel. Also sprach er über den Föderalismus. Allein der Gegenstand unserer Diskussion sollte eben Demokratie sein, ohne Rücksicht darauf, ob diese fähig sei, »politische Beruhigung« und »ökonomisches Gleichgewicht« herbeizuführen. Ueber Föderalismus zu sprechen, hielt ich nicht für meine Aufgabe. Im übrigen möchte ich bemerken, daß der Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus ebenso innerhalb autokratischer wie innerhalb demokratischer Gesellschaftsformen gegeben ist, wenn ich auch zugebe, daß der autokratische Staat mehr zur Zentralisation, gerade der demokratische aber zum Föderalismus neigt. Trotzdem gibt es auch zentralistische Demokratien. Wenn ich Oppenheimer richtig verstehe, ist er für eine föderalistische Demokratie. Und so hat er nicht, wie er glaubt, eine dritte, neben Autokratie und Demokratie stehende Gesellschaftsform,

sondern nur eine besondere Variante der Demokratie vorgeschlagen. Solche Vorschläge aber haben, zumal wenn sie im Rahmen wissenschaftlicher Diskussionen gemacht werden, das Mißliche, daß sie sich an eine sehr unbestimmte Adresse richten und schon darum keine rechte Verwirklichungschance haben.

K o i g e n hat gegen mich vorgebracht, daß ich unter Demokratie nur die Staatsform verstanden habe, während er darunter noch etwas anderes verstehe und dies für wichtiger oder wesentlicher halte als Demokratie als Staatsform. Das letztere mag zutreffen. Ich bin im Augenblicke nicht in der Lage, die etwas komplizierten Gedankengänge K o i g e n s zu beurteilen. Ich muß mich darauf beschränken festzustellen, daß mir das Thema in der Beschränkung gestellt wurde, in der ich es behandelt habe, nämlich Demokratie als Staatsform und als nichts anderes.

Auf einen durchaus ethisch-politischen Boden hat sich N e l s o n in seiner Polemik gegen mich gestellt. Ich könnte mich weigern, ihm dahin zu folgen und mich dabei auf den soziologischen Charakter unserer Diskussion berufen. Immerhin möchte ich zumindest einige Richtigstellungen vornehmen. Wenn ich, die Ideologie der Demokratie mit der Realität konfrontierend, von einer »Illusion der Freiheit« und von einer »totemistischen Maske« gesprochen habe, so durfte N e l s o n daraus nicht den Schluß ziehen, den er tatsächlich gezogen hat, daß ich mich mit dieser Illusion der Freiheit »begnüge«, daß mir diese totemistische Maske recht sei. Ich habe versucht zu beschreiben und das Wesen dessen zu erfassen, was wir Demokratie nennen, ich habe mich aber weder für noch gegen sie ausgesprochen und ich habe insbesondere auch nicht, wie Nelson meint, die Demokratie gepriesen, weil sie zum Kompromiß führt und ich das Kompromiß für ein Ideal halte, sondern ich habe einfach festgestellt, daß dem Majoritätsprinzip der Demokratie eine solche Tendenz zum Kompromiß und sohin zum friedlichen Ausgleich innerhalb (nur i n n e r h a l b!) der demokratisch organisierten Gemeinschaft innewohnt. Das mag der Eine als Vorzug empfinden, der Andere aber — irgendwelcher absoluter Werte gewiß — mag Kampf und Sieg über den Gegner vorziehen. Nelson hat sich offenbar als dieser Andere bekannt. Obgleich ein solches Bekenntnis nicht eigentlich in eine soziologische Erörterung der Demokratie gehört, wäre Nelson, da er nun einmal ein solches Bekenntnis abgelegt hat, verpflichtet gewesen, die absoluten sozialen Werte bekanntzugeben, die seine Haltung rechtfertigen. Was er in dieser Richtung aber geboten hat, ist recht spärlich. »Man muß eine von allen Mehrheitsbeschlüssen unabhängige Macht aufrichten, die das Richtige tut«, das war ungefähr seine These. Allein wer dieser »man« sei und worin das Richtige bestehe und vor allem, welches eigentlich der Weg, auf welchem »man« dies Ziel erreichen kann, das hat Nelson nicht verraten. Er durfte freilich dabei seine zahlreichen Schriften voraussetzen, die sich ja ausführlich mit diesem Problem beschäftigen, aus denen ich aber auch nichts anderes habe herauslesen können als die billige Weisheit, daß der Beste herrschen solle. Wenn man nichts anderes als dieses Prinzip der Demokratie entgegenzusetzen weiß, so muß festgestellt werden, daß dies nur eine inhaltslose Tautologie ist, die nichts anderes sagt, als daß geschehen soll, was geschehen soll. Ich weiß wohl, daß Nelson ein bestimmtes Mittel im Auge hat, das seiner Ansicht nach geeignet ist, den Besten zur Herrschaft zu

bringen: die Erziehung zum Führer. Aber das heißt in Wirklichkeit nur, das Problem hinausschieben, aber nicht es lösen. Denn jemanden erziehen heißt, ihn zu einem richtigen Verhalten leiten und darum muß, wer zur richtigen Erziehung fähig sein soll, schon wissen, was das Richtige, das Beste usw. ist. Dem Streit um die richtige Herrschaft wird der Streit um die richtige Erziehung zur richtigen Herrschaft vorangeschickt und es ist im Grunde genommen derselbe Streit. Und könnte man den einen entscheiden, so würde der andere gar nicht entstehen.

Daß R e n n e r im wesentlichen mit meinen Ausführungen übereinstimmt, freut mich; denn er ist nicht nur ein Theoretiker, sondern auch ein Praktiker der Demokratie. Hat er doch die junge österreichische Demokratie mitgeschaffen! Was er gegen meine Ausführungen vorbringt, ist im wesentlichen dieses, daß ich nicht hätte von der Freiheitsideologie ausgehen sollen, sondern vom Begriff der Gesetzgebung. Von Demokratie könne eigentlich erst die Rede sein, wenn sich die Normunterworfenen bewußt werden, daß die sie bindenden Normen überhaupt Menschenwerk sind, von Menschen geschaffen wurden und auch in Hinkunft geschaffen werden können. Das ist zweifellos richtig, nur steht es in keinerlei Widerspruch zu meiner Annahme, daß die Idee der Freiheit der Ausgangspunkt aller demokratischen Ideologie ist. Daß diese Ideologie der Freiheit als der politischen Selbstbestimmung erst einsetzen kann, wenn die theologische Ideologie des göttlichen Ursprungs sozialer Ordnung — die spezifische Ideologie der Autokratie — überwunden ist, das versteht sich von selbst.

So gerne ich es möchte, so kann ich doch nicht auf die Frage ausführlich eingehen, die S a l o m o n an mich gerichtet hat, wenn er um nähere Auskunft darüber ersuchte, was ich unter Ideologie verstehe. Das würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen und fällt eigentlich auch schon aus dem Rahmen unserer Diskussion heraus. Unter der von Salomon ja zugegebenen Voraussetzung, daß der Gegensatz von Ideologie und Realität ein relativer ist, möchte ich nur andeutungsweise bemerken, daß für mich der Bereich der Ideologie mit dem Bereich des Geistes zusammenfällt, den man der Natur entgegensetzen pflegt, die — im Verhältnis zum Geist, das heißt aller möglichen Ideologie — den Bereich der Realität darstellt. Ich verweise in dieser Richtung auf gewisse Ausführungen in meinem Buch »Der soziologische und juristische Staatsbegriff« S. 97 ff. und in meiner Abhandlung »Gott und Staat«, Logos Bd. 11, H. 3. An eine wirkliche Differenz zwischen Ideologie und Illusion glaube ich nicht. Die Ideologie wird zur Illusion, wenn sich ihre Differenz zur Realität enthüllt. Ob der Betrachtungsstandpunkt meines Referates von demjenigen abweicht, den ich in meinen bisherigen Schriften eingenommen habe, wie Salomon meint, möchte ich dahingestellt sein lassen, insbesondere ob ich den Neukantianismus mit einer relativistisch-marxistischen Position vertauscht habe. Zu der letzteren Annahme glaube ich keinen Anlaß gegeben zu haben. Der Standpunkt meines heutigen Referates unterscheidet sich notwendigerweise von demjenigen meiner normtheoretischen Untersuchungen dadurch, daß im letzteren Falle meine Betrachtung ausschließlich auf eine einzige Ideologie, nämlich ein bestimmtes Normensystem gerichtet ist, während ich heute das Verhältnis der demokratischen Ideologie zu den

als Demokratie bezeichneten positiven Verfassungen und zu der psychologischen Situation der diesen positiven Verfassungen unterworfenen Menschen untersuchte. Nennt man eine solche Problemstellung soziologisch, dann ist der soziologische Standpunkt mit dem normtheoretischen durchaus vereinbar.

Schließlich muß ich mich auch mit Max Adler beschäftigen, der — wie gewöhnlich — meine Ausführungen am heftigsten angegriffen hat. Diese Heftigkeit war um so weniger am Platz, als der Gegensatz zwischen uns ja heute nicht zum ersten Male zutage getreten ist und, abgesehen von den zahlreichen öffentlichen Diskussionen, in denen ich mich mit Adler auseinandergesetzt habe, auch literarisch auf das gründlichste ausgetragen wurde. Ich meine das Buch, das Max Adler unter dem Titel »Die Staatsauffassung des Marxismus« gegen meine Schrift »Sozialismus und Staat« geschrieben und auf das ich ihm in der zweiten Auflage dieser Schrift geantwortet habe. Die heutige Diskussion mit ihm wäre also eigentlich überflüssig. Die Heftigkeit seiner Polemik macht aber einige Fest- und Richtigstellungen nötig. Ich stimme Adler zunächst durchaus zu, wenn er behauptet, daß die sogenannte Krisis der Demokratie zum Teil darin besteht, daß das Bürgertum die demokratische Ideologie in dem Augenblicke fallen zu lassen geneigt ist, wo das Proletariat die Majorität zu gewinnen droht. Nur scheint mir, daß gerade Max Adler nicht berechtigt ist, dies der Bourgeoisie zum Vorwurf zu machen, da er selbst jener Gruppe von Marxisten angehört, die den »bloß ideologischen« Charakter der Demokratie immer wieder betonen und entschlossen sind, jederzeit die demokratische Maske fallen zu lassen und zur rücksichtslosesten Diktatur zu greifen, wenn sich die letztere als das geeignetere Mittel erweist, den Sozialismus zu verwirklichen. Daß die Bourgeoisie sich der Demokratie nur in ihrem Klasseninteresse bedient, muß von einem Standpunkt des radikalen Klassenkampfes schon darum nur recht und billig erscheinen, da es ja von einem solchen Standpunkt anders gar nicht möglich ist. Wenn Max Adler mir den Vorwurf macht, daß ich bei meiner Darstellung der Demokratie von der Tatsache völlig abgesehen habe, daß unsere moderne Gesellschaft in Klassen gespalten ist und daß meine Darstellung einen rein formalistisch-juristischen Charakter gehabt habe, so kann das offenbar nur darauf beruhen, daß Max Adler mir nicht zugehört hat. Der ziemlich ausführliche Schluß meines Referates hat sich ausschließlich mit dem Problem: Demokratie und klassengespaltenen Gesellschaft, beschäftigt. Nur daß ich dabei zu einem anderen Resultate gekommen bin als Max Adler, der mich dafür mit dem schärfsten Tadel belegt, den es von seinem soziologisch-marxistischen Standpunkt aus gibt, nämlich mit dem Prädikat des Formaljuristen. Doch kann ich darin ebensowenig eine Herabsetzung erblicken wie in dem noch verwunderlicheren Vorwurf, ich hätte das Problem der Demokratie nur von einem »sozialtechnischen« Standpunkte aus behandelt. Mir scheint, daß es sich auch beim Sozialismus und auch bei dessen marxistischer Prägung um nichts anderes als um Probleme sozialer Technik handelt: um die zweckmäßigste, den Bedürfnissen der Menschen entsprechendste Einrichtung der Gesellschaft. Im übrigen war gerade das nicht der Standpunkt, von dem aus ich an das Problem herangetreten bin. Daß Max Adler, nicht wie ich es getan habe, die Freiheit, sondern die Gleichheit als das

für die Demokratie entscheidende Prinzip behaupten wird, war ja aus den Gründen, die ich in meinem Referate ausgeführt habe, vorauszusehen. Ich verweise diesfalls auf die trefflichen Ausführungen von P r i b r a m, der meine Auffassung über das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit im Problem der Demokratie vollauf bestätigt. Auf das energischste verwahren aber muß ich mich dagegen, wenn Max Adler mit dem ganzen Selbstbewußtsein, das dem Vertreter »proletarischer Wissenschaft« gegen einen Vertreter bloß bürgerlicher Theorie zukommt, erklärt, daß meine Auffassung am Wesen der Demokratie ganz und gar vorbeigehe, weil ich Demokratie mit der Idee der Freiheit in Zusammenhang bringe, während sie doch — wie der nicht juristisch-formale, sondern soziologisch-materielle Marxismus lehre — »soziale Selbstbestimmung« sei. Nur mein juristischer Formalismus lasse mich glauben, daß Freiheit individuelle Willkür sei, während geläuterter Marxismus zu der Einsicht führe, daß Freiheit Selbstbestimmung der Gemeinschaftsgruppe, Selbstgesetzgebung, Autonomie sei. Auch hier muß ich wiederum annehmen, daß Max Adler es nicht für notwendig gefunden hat, mir zuzuhören, sonst hätte er nämlich bemerkt, welches besondere Gewicht ich auf die Metamorphose des Freiheitsbegriffes gelegt habe, auf jenen Bedeutungswandel, der aus der natürlichen Freiheit die politische Freiheit macht, aus dem Freisein von aller staatlichen Bindung eine besondere Art dieser staatlichen Bindung, und daß ich, nachdem ich gleich anfangs auf diesen Bedeutungswandel hingewiesen, im weiteren Verlaufe meiner Darstellung von gar keiner anderen Freiheit gesprochen habe als von jener, die sich als politische Selbstbestimmung darstellt. Allerdings ist Max Adler geneigt, dieser Selbstbestimmung eine solche Bedeutung beizulegen, daß es bisher so etwas wie politische Selbstbestimmung noch gar nicht gegeben hat. Von einer politischen Selbstbestimmung will nämlich Max Adler erst dann reden, wenn innerhalb der Gemeinschaft völlige Solidarität der Interessen besteht und der die Glieder bindende Gemeinschaftswille tatsächlich der Wille aller ist. Max Adler stellt uns in Aussicht, daß solche Solidarität und daher die wahre Freiheit in jener Gemeinschaft vorhanden sein werde, innerhalb deren der Sozialismus verwirklicht ist. Das ist eine Prophezeiung, von der ich wünsche, daß sie sich erfüllen möge. Da mir aber die Gabe der Prophetie nicht zu eigen ist, muß ich es mir versagen, dazu wissenschaftlich Stellung zu nehmen und es im übrigen jedermann überlassen, an diese Prophezeiung zu glauben oder nicht. — Ganz so wie Nelson hat auch Max Adler meine Beschreibung der kompromissarischen Tendenzen der Demokratie dahin mißzuverstehen gesucht, als ob ich als guter alter Friedensonkel die einander bekämpfenden Klassen ermahnen wollte, sich doch um Gottes willen zu vertragen. Dieser Versuch, den Gegner lächerlich zu machen, hat aber diesmal den ungewollten Effekt, den Gegner zu rechtfertigen. Denn was anderes sind die leidenschaftlichen Beschwörungen Max Adlers, daß der Klassengegensatz »durch gar kein Kompromiß überbrückt werden kann«, daß es in den Grundfragen der Gesellschaft gar nichts anderes gebe als die »brutale Majorisierung« der einen Klasse durch die andere und — da ja nach Max Adler das Majoritätsprinzip in der klassengespaltenen Gesellschaft keinen Sinn hat — die brutale Niederwerfung der einen Klasse durch die andere; was anderes sind diese leidenschaftlichen Beschwörungen Max Adlers als eine Illustration zu der

Behauptung meines Referates, daß die Ablehnung des Majoritätsprinzipes und der »formalen« Demokratie von seiten gewisser Marxisten nicht so sehr auf der erkenntnismäßigen Einsicht in die sozialtechnische Unzulänglichkeit dieses Systems als vielmehr auf dem rational nicht rechtfertigbaren Willen beruht, den Klassengegensatz nicht auf dem Wege friedlichen Kompromisses, sondern durch revolutionäre Gewaltanwendung, d. h. autokratisch-diktatorisch zu überwinden.
